

Hepting/Dutta

Familie und Personenstand

**Ein Handbuch zum deutschen und
internationalen Privatrecht**

5., aktualisierte Auflage 2025

Verlag für Standesamtswesen

Familie und Personenstand

Ein Handbuch zum deutschen und internationalen Privatrecht

5., aktualisierte Auflage 2025

auf Grundlage des Werkes
»Deutsches und Internationales Familienrecht
im Personenstandsrecht«
von **Professor Dr. Reinhard Hepting** †

von

Professor Dr. Anatol Dutta, M. Jur. (Oxford)
Ludwig-Maximilians-Universität München

Verlag für Standesamtswesen

Frankfurt am Main · Berlin

© Verlag für Standesamtswesen GmbH · Frankfurt am Main · Berlin 2025

Lindleystraße 8b, 60314 Frankfurt am Main

Kontaktadresse nach EU-Produktsicherheitsverordnung: produktsicherheit@vfst.de

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Freigrenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Wir behalten uns auch eine Nutzung des Werks für Text und Data Mining im Sinne von § 44b UrhG vor.

Printed in Germany

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Germany

ISBN 978-3-8019-5741-4

Vorwort

Das Familien- und Personenrecht schläft nie, wobei seit der letzten Auflage vor allem der Gesetzgeber für Bewegung gesorgt hat. Die Neuauflage steht ganz unter dem Eindruck der Namensrechtsreform des Jahres 2024: Mit dem Gesetz zur Änderung des Ehenamens- und Geburtsnamensrechts und des Internationalen Namensrechts vom 11. 6. 2024 hat der deutsche Gesetzgeber das Sachrecht punktuell liberalisiert, durch die Möglichkeit von Doppelnamen als Ehe- und Geburtsnamen und zahlreiche Namensneubestimmungstatbestände, von denen die Bürger teils auch anlasslos nach Erreichen der Volljährigkeit Gebrauch machen können. Neuland betritt das deutsche Namensrecht mit der Inkorporation minderheitlicher und ausländischer Namenstraditionen. Die klassischen Namensfunktionen – Individualisierung und Klassifizierung – weichen zunehmend der Selbstdarstellungsfunktion des Namens. Auf völlig neue Füße gestellt hat der Reformgesetzgeber das Namenskollisionsrecht, speziell durch den Wechsel vom Staatsangehörigkeits- zum Aufenthaltsprinzip, ergänzt durch eine allgemeine Rechtswahlmöglichkeit zugunsten des Heimatrechts. Es bleibt zu hoffen, dass die zahlreichen offenen Fragen, die dieses umfangreiche Reformgesetz aufwirft, rasch die Gerichte erreichen; die Standesämter sollten großzügig von der Möglichkeit der Zweifelsvorlage nach § 49 Abs. 2 PStG Gebrauch machen.

Aber nicht nur das neue Namensrecht war einzuarbeiten – eine angesichts der Komplexität der Regelungen alles andere als einfache Aufgabe. Neue Akzente im Familien- und Personenrecht hat der Gesetzgeber auch durch das Gesetz über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag vom 19. 6. 2024 und durch das Gesetz zum Schutz Minderjähriger bei Auslandsehen vom 24. 6. 2024 gesetzt. Zu berücksichtigen waren aber auch, wie bei jeder Neuauflage dieses Werkes, neuere Rechtsprechung und Literatur, wobei das Werk auf dem Stand von Heft 2/2025 der StAZ ist.

Für wertvolle Unterstützung bei der Vorbereitung der Neuauflage danke ich den Mitarbeitern meines Lehrstuhls, vor allem *Charlotte Wendland*. Zu Dank verpflichtet bin ich auch der großen Personenstandsfamilie: den Landesfachverbänden und dem Bundesverband für die zahlreichen Foren, auf denen familien- und personenrechtliche Fragen diskutiert werden können, den Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirat des Bundesverbands für den regen Austausch zu aktuellen Entwicklungen und der Schriftleitung der StAZ für die hervorragende Stoffauswahl im allmonatlichen Heft.

Für diese Auflage gilt angesichts der zahlreichen Neuregelungen ganz besonders: Für Hinweise auf Fehler oder Ungenauigkeiten (gerne auch direkt an anatol.dutta@lmu.de) bin ich der Leserschaft sehr verbunden.

München, im Februar 2025
Anatol Dutta

Aus dem Vorwort zur 2. Auflage

Die Geschichte des vorliegenden Buches ist verschlungen. Es ist hervorgegangen aus dem von *Franz Massfeller* und *Werner Hoffmann* begründeten und später von *Reinhard Hepting* und *Berthold Gaaz* fortgeführten Kommentar zum Personenstandsrecht. Die Personenstandsrechtsreform von 2009 gab dem Verlag und den damaligen Autoren den Anstoß, die bisherige, auf drei Ordner verteilte Loseblattsammlung als Dokumentation des bis zur Reform bestehenden Rechtszustands bestehen zu lassen und die Neubearbeitung mit gestrafftem Inhalt auf selbständige Einzelbände umzustellen: Der Band 1 (Ordner I und II) des Ursprungswerks fand Fortsetzung im Handkommentar zum Personenstandsgesetz von *Gaaz/Bornhofen* [...]. Band 2 wurde mit dem vorliegenden Handbuch (Ordner III) fortgeführt [...].

Durch den unerwarteten und – vor allem – viel zu frühen Tod von *Reinhard Hepting* (Nachruf von *Gaaz*, StAZ 2013, 33) wurde eine Lücke gerissen, die nur schwer zu füllen sein wird. Dennoch habe ich nicht gezögert, die Bearbeitung dieses Standardwerks zum personenstandsrelevanten Familienrecht zu übernehmen, freilich in vollem Bewusstsein, dass jede Überarbeitung potentiell eine Verschlechterung bedeutet.

Die in der familienrechtlichen Literatur einmalige Zielsetzung des Handbuchs – wie sie von *Hepting* mit großer Konsequenz verfolgt wurde – soll weiterhin bewahrt werden: Das Handbuch wendet sich an die Standesämter, ihre Aufsichtsbehörden und an die Personenstandsgerichte und stellt das materielle deutsche und internationale Familienrecht mit angrenzenden Fragen des Personenrechts dar, soweit es für die Arbeit der Personenstandsbehörden von Bedeutung ist.

Aus dieser Zielsetzung erklären sich Inhalt und Stil der Darstellung. Rechtsfragen, die die Standesämter eigenständig beantworten müssen, sind ausführlich erörtert; muss nur die Entscheidung eines Gerichts transkribiert werden, fällt die Erörterung knapper aus. Die Information baut im Wesentlichen auf der Rechtsprechung auf; wo diese fehlt, wird die praktikabelste der im Schrifttum vertretenen Auffassungen bevorzugt, nach Möglichkeit entnommen aus Werken, die den Standesämtern leicht zur Verfügung stehen. Querverweisungen auf das Werk von *Gaaz/Bornhofen* stellen den Bezug zum Personenstandsverfahren her. Die rechtswissenschaftliche Diskussion wird dort vernachlässigt, wo sich bereits eine gefestigte und für die Standesämter verbindliche Praxis etabliert hat, aber überall dort aufgegriffen und weitergeführt, wo die Dinge noch im Fluss sind. Ziel ist stets eine für die standesamtliche Praxis sinnvolle Lösung.

Inhaltsübersicht*

Teil I Personenstandsverfahren und materielles Recht 51

Teil II Grundfragen des Personenrechts 59

Erster Abschnitt: Die natürliche Person 59

Zweiter Abschnitt: Der Name allgemein 88

Dritter Abschnitt: Die Staatsangehörigkeit 176

Teil III Ehe und Lebenspartnerschaft 181

Erster Abschnitt: Allgemeines 181

Zweiter Abschnitt: Die Eheschließungsvoraussetzungen 184

Dritter Abschnitt: Die Eheschließungshandlung 213

Vierter Abschnitt: Die Folgen einer fehlerhaften Eheschließung 224

Fünfter Abschnitt: Eheschließungen mit Auslandsbezug 231

Sechster Abschnitt: Die Auflösung der Ehe 298

Siebter Abschnitt: Der Name in der Ehe 327

Achter Abschnitt: Die Lebenspartnerschaft 378

Neunter Abschnitt: Besonderheiten bei der gleichgeschlechtlichen Ehe 393

Teil IV Status und Name des Kindes im Zeitpunkt der Geburt 407

Erster Abschnitt: Die Feststellung der Abstammung 407

Zweiter Abschnitt: Die Feststellung des Geschlechts 456

Dritter Abschnitt: Der bei der Geburt erworbene Name des Kindes 460

Teil V Änderungen des Status und des Namens nach der Geburt 523

Teil VI Allgemeine Fragen des internationalen Privatrechts 741

* Die Zahlen verweisen auf Seiten.

Inhaltsverzeichnis*

Vorwort 5

Aus dem Vorwort zur 2. Auflage 6

Abkürzungsverzeichnis 43

Literaturverzeichnis 49

Teil I Personenstandsverfahren und materielles Recht 51

A. Die Grundlagen des Personenstandsrechts 51

I. Die Aufgaben des Standesamts 51

1. Die Beurkundung des Personenstands 51
2. Die Stellung des Standesamts zwischen öffentlichem und privatem Recht 51

II. Die Personenstandsbeurkundung als Beweismittel 52

B. Elemente des Familienstatusrechts 53

I. Personenrecht 53

1. Rechts- und Geschäftsfähigkeit 53
2. Der Name 54
3. Das Geschlecht 54

II. Familienrecht 54

1. Kindschaft 54
2. Ehe und Lebenspartnerschaft 55

III. Internationales Privatrecht und internationales Zivilverfahrensrecht (IPR und IZVR) 55

IV. Öffentliches Recht 56

1. Staatsangehörigkeitsrecht 56
2. Behördliche Namensänderung 57

Teil II Grundfragen des Personenrechts 59

Erster Abschnitt: Die natürliche Person 59

A. Rechtsfähigkeit 59

I. Die Geburt als Beginn der Rechtsfähigkeit 59

II. Der Tod als Ende der Rechtsfähigkeit 60

III. Verschollenheit und Todeserklärung 60

1. Rechtsgrundlagen 60
2. Begriff der Verschollenheit 60
3. Das gerichtliche Aufgebotsverfahren 61
4. Die Wirkungen der Todeserklärung 61

* Die Zahlen verweisen auf Seiten.

- 5. Verhältnis zur standesamtlichen Beurkundung 62
 - 6. Die Todesvermutung im standesamtlichen Verfahren 63
- IV. Die Feststellung des Todeszeitpunkts 64**
 - 1. Die gerichtliche Feststellung 64
 - 2. Die Kommorientenvermutung 64
- V. Fälle mit Auslandsbezug 64**
 - 1. Inländische Todeserklärungen 64
 - 2. Die Anerkennung ausländischer Todeserklärungen 65
 - 3. Die Wirkung von Todeserklärungen 66
- B. Geschäftsfähigkeit 66**
 - I. Allgemeines 66**
 - II. Die gesetzliche Vertretung 67**
 - 1. Allgemeines 67
 - 2. Gesetzliche Vertretung des Minderjährigen als Ausfluss der elterlichen Sorge 68
 - a) Gemeinsame elterliche Sorge der Eltern 68
 - b) Alleinige elterliche Sorge eines Elternteils 69
 - c) Ausschluss der gesetzlichen Vertretung durch die Eltern 70
 - 3. Gesetzliche Vertretung bei Volljährigen 70
 - III. Rechtsgeschäftliche Vertretungsmacht für nicht voll Geschäftsfähige, insbesondere Vorsorgevollmacht 71**
 - IV. Anwendbares Recht in Fällen mit Auslandsbezug 71**
 - 1. Die Geschäftsfähigkeit 71
 - 2. Die (gesetzliche) Vertretungsmacht für den nicht voll Geschäftsfähigen 72
 - a) Die Anknüpfung der gesetzlichen Vertretungsmacht für den Minderjährigen, insbesondere nach dem Haager Kinderschutzübereinkommen (KSÜ) 72
 - b) Die Anknüpfung der Vertretungsmacht für den Volljährigen, insbesondere nach dem Haager Erwachsenenschutzübereinkommen (ErwSÜ) 75
 - V. Anerkennung ausländischer Entscheidungen über die elterliche Sorge oder Betreuung 77**
 - 1. Die Anerkennung ausländischer Sorgerechtsentscheidungen nach der Brüssel-IIb-VO 78
 - a) Der Anwendungsbereich der Brüssel-IIb-VO und ihrer Anerkennungsregeln 78
 - b) Die Anerkennungsvoraussetzungen 80
 - c) Das Verfahren der Anerkennung 80
 - 2. Die Anerkennung auf der Grundlage von Staatsverträgen 82
 - a) Allgemeines 82
 - b) Das Haager Kinderschutzübereinkommen (KSÜ) 83
 - c) Das Haager Minderjährigenschutzabkommen (MSA) 83
 - d) Das Europäische Sorgerechtsübereinkommen (ESÜ) 83
 - e) Das Haager Erwachsenenschutzübereinkommen (ErwSÜ) 84
 - 3. Anerkennung nach autonomem Recht 84

C. Probleme bei nicht feststellbarer Identität 85**Zweiter Abschnitt: Der Name allgemein 88****A. Funktionen des Namens 88****I. Individualisierung 89**

1. Staatliche Ordnungsinteressen 89
2. Der Name als Persönlichkeitsrecht 89

II. Klassifizierung, insbesondere Offenlegung der familiären Beziehungen 90**III. Selbstdarstellung 91****IV. Das geltende Namensrecht als Kompromiss zwischen gegensätzlichen Regelungszwecken 91****B. Regelungsprinzipien des deutschen Namensrechts 92****I. Die Namenstypen des deutschen Rechts 92****II. Die Anwendung der allgemeinen Rechtsgeschäftslehre auf namensbestimmende Erklärungen und Rechtswahlerklärungen 94****III. Verpflichtung zur Abgabe oder Unterlassung namensbestimmender Erklärungen 98****C. Das anwendbare Namensrecht bei Fällen mit Auslandsbezug 99****I. Rechtsquellen des internationalen Namensrechts 99**

1. Autonomes Recht 99
2. Staatsverträge 100
3. Einfluss des primären Unionsrechts 100

II. Die Bestimmung des maßgeblichen Namensrechts 101

1. Die objektive Anknüpfung des Namens nach Art. 10 Abs. 1 EGBGB 101
2. Die namensrechtlichen Rechtswahloptionen 102
 - a) Die allgemeine Rechtswahl nach Art. 10 Abs. 4 EGBGB 102
 - b) Die besonderen Rechtswahlmöglichkeiten nach Art. 10 Abs. 2, 3 und Art. 7a Abs. 2 Satz 2 EGBGB 106
3. Keine Rück- oder Weiterverweisung 106

III. Die Reichweite des Namensstatuts 106

1. Der kollisionsrechtliche Namensbegriff 106
2. Namenserbwerb, -ableitung, -erstreckung 107
3. Das Erscheinungsbild des Namens 108
 - a) Die sprachliche Form 108
 - b) Die Schreibweise und die Bedeutung des CIEC-Übereinkommens Nr. 14 109

IV. Kennzeichen ohne Namensqualität 112

1. Allgemeines 112
2. Namenszusätze ohne Kennzeichnungskraft 112
3. Akademische Grade, Ehrentitel 113
4. Adelsbezeichnungen 114

V. Statutenwechsel 114

1. Kraft objektiver Anknüpfung 114
 - a) Ursachen 114
 - b) Rechtsfolgen: Grundsätzlich Namenskontinuität 115
2. Kraft Rechtswahl 118

VI. Behördliche Namensänderung 118**VII. »Anerkennung« im Ausland registrierter Namen 119****VIII. Vorfragen im Namensstatut 120**

1. Die bisher h. M.: unselbständige Anknüpfung 121
2. Jedenfalls heute: bessere Argumente für eine selbständige Anknüpfung 121
3. Vorfrage und Substitution 122

D. Angleichung ausländischer Namenstypen, Art. 47 EGBGB 123**I. Allgemeines 123**

1. Das Problem 123
2. Rechtsentwicklung 123
3. Angleichung beim »Eingangsstatutenwechsel«, Art. 47 Abs. 1 EGBGB 125
4. Angleichung eines Namens, der Ehe- oder Lebenspartnerschaftsname ist, Art. 47 Abs. 1 Satz 2 EGBGB 126
5. Angleichung bei der Namensableitung, Art. 47 Abs. 2 EGBGB 126
6. Immanente Grenzen der Angleichung – Restriktive Auslegung des Art. 47 EGBGB 127

II. Einzelfälle der Angleichung 128

1. »Sortiererklärungen« nach Art. 47 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 EGBGB beim Statutenwechsel 128
 - a) Die Abgrenzung von Fällen ohne Angleichungsbedarf 128
 - b) Personen mit Vor- und Vatersnamen 129
 - c) Personen mit mehreren Eigennamen 130
 - d) Personen mit nur einem Eigennamen 132
 - e) Personen mit Zwischennamen 134
 - f) Personen mit Namenszusätzen 136
 - g) Personen mit Namensketten 139
2. »Sortiererklärungen« bei der Namensableitung, Art. 47 Abs. 2 i. V. m. Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 EGBGB 142
 - a) Ableitung eines Kindesnamens 142
 - b) Ableitung eines Ehenamens 142
3. Die Wahl eines fehlenden Vor- oder Familiennamens nach Art. 47 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 EGBGB 145
4. Das Ablegen unbekannter Namensbestandteile nach Art. 47 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 EGBGB 147
 - a) Namensbestandteile mit funktionaler Vorprägung 147
 - b) Namensbestandteile, die zu Vor- und Familiennamen hinzutreten 147
 - c) Namenszusätze 148

5. Die Erklärung zwecks Rückkehr zur »ursprünglichen Form« nach Art. 47 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 EGBGB 149
 - a) Nach dem Geschlecht abgewandelte Familiennamen 149
 - b) Nach dem Verwandtschaftsverhältnis abgewandelte Namen 150
 - c) Geschlechtsabhängige Vatersnamen 152
 - d) »Ursprungserklärung« ist keine Angleichung (mehr): Verhältnis zu den neuen §§ 1355b, 1617f und 1617g BGB 152
 6. Die »Eindeutschungserklärung« nach Art. 47 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 EGBGB 153
 - a) »Eindeutschung« ist keine Angleichung 153
 - b) Der Vergleich mit § 94 BVFG 154
 - c) Erleichterte Eindeutschung bei Vornamen 154
 - d) Strengere Maßstäbe bei Familiennamen 155
 - e) Die Unzulässigkeit von Übersetzungen 155
 7. Die Dogmatik von Angleichung und Angleichungserklärungen 156
 - a) Objektive Angleichung auch ohne Angleichungserklärung? 156
 - b) Die Mitwirkung des Standesamts bei einer Angleichungserklärung; Form und Frist der Erklärung sowie Verbrauch des Angleichungsrechts 158
 - c) Die Bedeutung des »angeglichenen« Namens 159
 8. Das Verhältnis der Angleichungstatbestände zueinander 159
- E. Namenskontinuität bei hinkenden Namensverhältnissen in der EU: Zwischen EuGH-Rechtsprechung und Art. 48 EGBGB 160**
- I. Die namensrechtliche Rechtsprechung des EuGH im Überblick 160**
- II. Postulat: Keine hinkenden Rechtsverhältnisse in der Union 161**
- III. Umsetzung des unionsrechtlichen Anerkennungsgebots im deutschen Recht, insbesondere durch Art. 48 EGBGB 161**
1. Bestand des Wahlrechts nach Art. 48 EGBGB 163
 - a) Deutsches Namensstatut 163
 - b) Eintragung eines Namens in einem Personenstandsregister eines anderen Mitgliedstaats 164
 - c) Persönlicher Bezug zum Registermitgliedstaat: Bei Eintragung gewöhnlicher Aufenthalt oder Staatsangehörigkeit 166
 2. Wirksame Ausübung des Wahlrechts nach Art. 48 EGBGB 168
 3. »Europäisierter« deutscher ordre public als Grenze 168
 4. Wirkung der Namenswahl nach Art. 48 EGBGB 171
 5. Verhältnis zur Angleichung nach Art. 47 Abs. 1 Satz 1 EGBGB und zur »Vornamenssortierung« durch den Namensträger nach § 45a PStG 171
- IV. Art. 48 EGBGB als nur unzureichende Umsetzung des Unionsrechts 172**
1. Beschränkung auf Mitgliedstaaten der EU 172
 2. Beschränkung auf Eintragungen in einem Personenstandsregister 173
 3. Beschränkung auf Namensträger mit deutschem Namensstatut 173
- V. Umsetzung des unionsrechtlichen Anerkennungsgebots jenseits des Art. 48 EGBGB 173**
- VI. Folgen für die Arbeit der Personenstandsbehörden 175**

Dritter Abschnitt: Die Staatsangehörigkeit 176

- A. Der Begriff der Staatsangehörigkeit 176**
- B. Die Bedeutung der Staatsangehörigkeit für das Standesamt 177**
 - I. Die rechtliche Bedeutung der Staatsangehörigkeit 177**
 - II. Die Feststellung der Staatsangehörigkeit durch das Standesamt 177**
 - III. Vorfragen im Staatsangehörigkeitsrecht 179**

Teil III Ehe und Lebenspartnerschaft 181**Erster Abschnitt: Allgemeines 181**

- A. Der Rechtsbegriff »Ehe« 181**
- B. Die Teilbereiche des Eherechts und ihre Bedeutung für das Standesamt 182**
- C. Eherecht und Grundgesetz 183**

Zweiter Abschnitt: Die Eheschließungsvoraussetzungen 184

- A. Allgemeines 184**
 - I. Rechtsentwicklung 184**
 - II. Die Systematik der Eheschließungsvoraussetzungen 185**
 - 1. Die Unschärfe des Begriffs »Ehevoraussetzungen« 185
 - 2. Die Ehevoraussetzungen und ihre rechtliche Qualifikation 185
 - a) Die »präventive« und »repressive« Funktion der Ehevoraussetzungen 185
 - b) Einseitige und zweiseitige Ehehindernisse 186
 - c) Systematisierung der Eheschließungsvoraussetzungen nach der Fehlerfolge 186
 - B. Persönliche Ehevoraussetzungen (»Ehefähigkeit«) 187**
 - I. Die Ehemündigkeit, § 1303 BGB 187**
 - II. Die Geschäftsfähigkeit, § 1304 BGB 188**
 - 1. Der Grundsatz des § 1304 BGB 188
 - 2. Die Merkmale der Geschäftsunfähigkeit 189
 - a) Die positivrechtliche Regelung 189
 - b) Das Verhältnis der Geschäftsunfähigkeit zur vorübergehenden Störung der Geistestätigkeit 189
 - 3. Die Ehefähigkeit des Betreuten 190
 - III. Das Geschlecht der Verlobten 191**
 - C. Das Nichtvorliegen eines »Eheverbots«, §§ 1306 bis 1308 BGB 192**
 - I. Allgemeines 192**

- II. Das Eheverbot der »Doppelpartnerschaft«, § 1306 BGB 192**
 - 1. Allgemeines 192
 - 2. Bestehen einer die Eheschließung hindernden Partnerbeziehung 193
 - a) Bestehen einer Ehe 193
 - b) Bestehen einer Lebenspartnerschaft 194
 - 3. Auflösung einer die Eheschließung hindernden Partnerbeziehung 195
- III. Das Eheverbot der Verwandtschaft, § 1307 BGB 195**
 - 1. Regelungszweck 195
 - 2. Die verbotenen Verwandtschaftsverhältnisse 196
 - 3. Die Voraussetzungen der Verwandtschaft 197
 - a) Der Gegensatz von Verwandtschaft im rechtlichen und im leiblichen Sinne 197
 - b) Die Bedeutung der beiden Verwandtschaftsbegriffe 197
 - aa) Der Regelungszweck des § 1307 BGB 197
 - bb) Der Regelungsinhalt der §§ 1307 Satz 2, 1308 Abs. 1 BGB 198
 - cc) Die Dominanz der leiblichen Verwandtschaft 198
 - c) Das regelungstechnische Verhältnis von rechtlicher und leiblicher Verwandtschaft 199
 - d) Die Ermittlung der leiblichen Verwandtschaft 201
 - 4. Rechtswirkungen 202
- IV. Das aufschiebende Eheverbot der Adoptivverwandtschaft, § 1308 BGB 202**
 - 1. Allgemeines; Regelungszweck 202
 - 2. Der betroffene Personenkreis 203
 - 3. Rechtswirkungen 203
 - a) Die Adoptivverwandtschaft als zeitlich begrenztes Ehehindernis 203
 - b) Adoptivverwandtschaft als dispensables Ehehindernis 204
 - c) Adoptivverwandtschaft als aufschiebendes Ehehindernis 204
- D. Der ungestörte Wille zur Ehe 205**
 - I. Allgemeines 205**
 - II. Störungen bei der Bildung des Ehwillens, § 1314 Abs. 2 BGB 206**
 - 1. Bewusstlosigkeit und Störung der Geistestätigkeit 206
 - 2. Irrtum 206
 - 3. Täuschung 207
 - 4. Drohung 208
 - 5. Rechtsmissbräuchliche Eheschließungsmotive (»Scheinehen«) 209
 - a) Ausgangspunkt: Die Eheschließung als formaler Erklärungsakt 209
 - b) Die Vorgeschichte des § 1314 Abs. 2 Nr. 5 BGB 209
 - c) Der Rechtsmissbrauch der Ehe als eigentlicher Aufhebungsgrund 210
 - d) Der typische Auslandsbezug der Scheinehenproblematik 210
 - e) Unterscheidung von präventiver und repressiver Kontrolle 211
 - III. Die Feststellung von Willensdefiziten 211**
 - 1. Materiellrechtliche Prüfungsgrundsätze 211
 - a) Der ungestörte Wille als vermuteter Regelfall 211
 - b) Der Aufhebungsgrund als Ausnahmetatbestand 212
 - 2. Der zulässige Umfang der Aufklärung 213

Dritter Abschnitt: Die Eheschließungshandlung 213**A. Allgemeines 213****I. Rechtsentwicklung 213****II. Die Unterscheidung von materiellen und formellen Erfordernissen 214****B. Der materielle Ehekonsens 215****I. Die Eheschließungserklärungen, § 1310 Abs. 1 BGB 215****II. Inhaltliche Einschränkungen, § 1311 Satz 2 BGB 215****III. Geheimer Vorbehalt; Abgrenzung zu Scheinehen 217****C. Die Eheschließungsform 217****I. Die Abgabe der Erklärung vor dem Standesbeamten, § 1310 Abs. 1 BGB 218****1. Das Erfordernis der Mitwirkung des Standesbeamten 218****2. Die Pflicht des Standesbeamten zur Mitwirkung 219****3. Das Verhältnis der standesamtlichen zur religiösen Eheschließung 220****4. Die Eigenschaft als Standesbeamter 220****5. Die Mitwirkung eines Schein-Standesbeamten 221****II. Persönliche Anwesenheit der Verlobten, § 1311 Satz 1, 1. Alt. BGB 222****III. Gleichzeitige Anwesenheit der Verlobten, § 1311 Satz 1, 2. Alt. BGB 223****IV. Die Erfordernisse des § 1312 BGB 223****Vierter Abschnitt: Die Folgen einer fehlerhaften Eheschließung 224****A. Allgemeines 224****I. Die Fehlerfolgen als repressive Wirkung der Eheschließungsvoraussetzungen 224****II. Die Bedeutung der Fehlerfolgen für die Arbeit des Standesamts 224****B. Die nichtige oder unwirksame Ehe (»Nichtehe«) 225****I. Der Begriff der nichtigen Ehe nach dem EheschIRG 225****II. Der Tatbestand der nichtigen oder unwirksamen Ehe 226****III. Die Heilung der nicht standesamtlich geschlossenen Ehe 226****1. Allgemeines, Rechtsentwicklung 226****2. Die Voraussetzungen der Heilung 227****a) Allgemeines 227****b) Kritik 228****3. Die Vertrauensstatbestände im Einzelnen 228****a) Eintragung der Ehe in das Eheregister 228****b) Eintragung eines Hinweises in das Geburtenregister 229****c) Entgegennahme einer familienrechtlichen Erklärung 229**

C. Die aufhebbare Ehe 229

- I. Der Begriff der Aufhebbarkeit 229**
- II. Die Tatbestände der aufhebaren Ehe 230**
- III. Die Folgen der Aufhebbarkeit 231**
- IV. Die Heilung der aufhebaren Ehe 231**

Fünfter Abschnitt: Eheschließungen mit Auslandsbezug 231**A. Qualifikations- und Verfahrensfragen 231**

- I. Die Bedeutung von IPR und IZVR 231**
- II. Die Unterscheidung von materiellen Voraussetzungen, Form und Verfahren 232**
- III. Die praktische Bedeutung des internationalen Eheschließungsrechts für das Standesamt 232**
 - 1. Die Bedeutung für die zu schließende Ehe selbst 232
 - 2. Die Ehe als Vorfrage 233

B. Das IPR der materiellen Ehevoraussetzungen 234

- I. Der Anknüpfungsgrundsatz, Art. 13 Abs. 1 EGBGB 234**
- II. Die Eheschließungsvoraussetzungen im Einzelnen 235**
 - 1. Allgemeines 235
 - a) Qualifikationsfragen 235
 - b) Einseitige und zweiseitige Ehehindernisse 236
 - c) Befreiung von Ehehindernissen für Eheschließung im Inland 237
 - aa) Abgrenzungsfragen 237
 - bb) Die internationale Entscheidungszuständigkeit 238
 - cc) Die Anerkennung ausländischer Befreiungen 241
 - 2. Die Ehefähigkeit 242
 - a) Allgemeine Anknüpfungsgrundsätze 242
 - b) Besondere Regelungen zur Bekämpfung von »Kinderehen« 243
 - aa) Die weltweite Ausdehnung der deutschen Ehemündigkeitsregeln, Art. 13 Abs. 3 EGBGB 243
 - bb) Der intertemporale Anwendungsbereich der neuen Vorschriften 244
 - cc) Die Heilung einer verbotenen »Kinderehe« nach Art. 229 § 44 Abs. 4 Nr. 2 EGBGB 246
 - dd) Anerkennung einer im Ausland geschlossenen »Kinderehe« kraft höherrangigen Rechts? 248
 - ee) Heilung einer im Ausland geschlossenen unwirksamen »Kinderehe« durch erneute Eheschließung im Inland nach § 1305 Abs. 2 BGB 249
 - c) Statutenwechsel 251
 - d) Ordre public 251
 - 3. Das Eheverbot der Verwandtschaft 252
 - 4. Das Eheverbot der Adoptivverwandtschaft 253
 - a) Anknüpfungsgrundsätze 253
 - b) Abgrenzungsfragen 254

5.	Das Eheverbot der »Doppelpartnerschaft«	254
a)	Anknüpfungsgrundsätze	254
b)	Die Vorfrage der bestehenden Vorehe	255
aa)	Allgemeines	255
bb)	Im Inland unwirksame Eheschließung	256
cc)	Im Ausland unwirksame Eheschließung	257
dd)	Im Heimatstaat unwirksame Ehescheidung	257
ee)	Im Inland unwirksame Ehescheidung	258
ff)	Im Heimatstaat unwirksame Todeserklärung	259
c)	Die Wiederverheirathungsfähigkeit als eigenständige Frage	259
d)	Die Vorfrage der bestehenden Lebenspartnerschaft	260
6.	Das Geschlecht der Verlobten	260
a)	Beschränkung auf verschiedengeschlechtliche Ehen	260
b)	Das Geschlecht der Ehegatten als Erstfrage	261
7.	Willensdefizite als Ehehindernis im IPR	262
a)	Qualifikation, Anknüpfung	262
b)	Scheinehen im IPR	263
8.	Dem deutschen Recht unbekannte Eheschließungsvoraussetzungen	265
a)	Die Abgrenzung materiellrechtlicher Erfordernisse von Form- und Verfahrenserfordernissen	265
aa)	Mitwirkung eines Priesters und Traubereitschaftserklärung	265
bb)	Das Heimataufgebot	266
b)	Die islamrechtliche Brautgabe	266
c)	Die Wartezeit	267
d)	Heiratsverbote mit Strafcharakter	268
e)	Religiöse Ehehindernisse	268
f)	Öffentlichrechtlich oder politisch motivierte Ehehindernisse	270
III.	Die Anwendung deutschen Rechts gemäß Art. 13 Abs. 2 EGBGB	271
1.	Art. 13 Abs. 2 EGBGB als spezielle ordre-public-Klausel	271
a)	Die Rechtsentwicklung bis zum IPRG von 1986	271
b)	Konsequenzen für die Auslegung der Vorschrift	271
2.	Die einzelnen Voraussetzungen des Art. 13 Abs. 2 EGBGB	272
a)	Ausreichender Inlandsbezug	272
b)	Zumutbares Bemühen	272
c)	Unvereinbarkeit mit der Eheschließungsfreiheit	273
3.	Die Rechtsfolge: »Anwendung deutschen Rechts«?	274
4.	Problematische Fallgruppen	276
a)	Privatscheidungen	276
b)	»Hinkende« Todeserklärungen	276
c)	Religiöse Ehehindernisse	277
C.	Das IPR der Eheschließungshandlung	277
I.	Die materiellrechtliche Wirksamkeit der Eheschließung	277
II.	Die Form der Eheschließung	278
1.	Qualifikationsfragen: Was gehört zur Form?	278
a)	Mitwirkung einer Trauungsperson	278

- b) Behandlung von »Handschuhen« **278**
 - c) Erfordernis einer religiösen Trauung **280**
 - 2. Die Grundsatzanknüpfung des Art. 11 EGBGB **280**
 - 3. Die Ausnahmeregel »Inlandssehe – Inlandsform«, Art. 13 Abs. 4 Satz 1 EGBGB **282**
 - a) Der Anknüpfungsgrundsatz **282**
 - b) Der Regelungszweck der Vorschrift **283**
 - c) Art. 13 Abs. 4 Satz 1 EGBGB als Konsequenz des öffentlichrechtlichen Charakters der Eheschließung **283**
- III. Abweichen von der Inlandsform durch eine »ermächtigte Person«, Art. 13 Abs. 4 Satz 2 EGBGB **284****
 - 1. Allgemeines **284**
 - 2. Die ordnungsgemäße Ermächtigung der Trauungsperson **285**
 - a) Die Voraussetzungen einer »ordnungsgemäßen Ermächtigung« **285**
 - b) Die Eheschließung vor einem Religionsdiener **285**
 - aa) Religiöse Eheschließungen kraft kirchlicher Zuständigkeit **286**
 - bb) Religiöse Eheschließungen durch individuell benannte Personen **286**
 - cc) Religiöse Eheschließung durch generell bestimmte Geistliche **286**
 - c) Die Eheschließung vor einem Konsularbeamten **287**
 - d) Die Eheschließung vor sonstigen staatlichen Funktionsträgern **287**
 - 3. Die ausländische Staatsangehörigkeit der Eheschließenden **288**
 - 4. Form und Registrierung einer Eheschließung gemäß Art. 13 Abs. 4 Satz 2 EGBGB **289**
 - a) Die Eheschließungsform **289**
 - b) Registrierung und Nachweis einer gemäß Art. 13 Abs. 4 Satz 2 EGBGB geschlossenen Ehe **290**
 - aa) Die Eintragung in das Standesregister des ermächtigenden Staates **290**
 - bb) Die Beweiswirkung der Registrierung **290**
 - cc) Die Übertragung der Eheschließung in die deutschen Personenstandsregister **291**
- IV. Abweichen von der Inlandsform aufgrund von Völkerrecht **292****
 - 1. Die Eheschließung von Personen mit persönlicher Immunität **292**
 - 2. Staatsvertragliche Sondervorschriften über die Eheschließungsform **292**
 - a) Multilaterale Staatsverträge **292**
 - b) Zweiseitige Staatsverträge **293**
 - 3. »Ordnungsgemäße Ermächtigung« durch das Wiener Konsularübereinkommen? **294**
- D. Das IPR der Ehwirkungen **294****
 - I. Die geringe Bedeutung des Ehwirkungsstatuts als allgemeines »Partnerschaftsstatut« **294****
 - II. Die objektive Anknüpfung des Ehwirkungsstatuts **295****
 - 1. Die »Kaskadenanknüpfung« des Art 14 Abs. 2 EGBGB **295**
 - a) Art. 14 Abs. 2 Nr. 1, 2 EGBGB **295**
 - b) Art. 14 Abs. 2 Nr. 3 EGBGB **296**
 - c) Art. 14 Abs. 2 Nr. 4 EGBGB **296**

- 2. Rück- oder Weiterverweisung 297
- 3. Wandelbarkeit und Unwandelbarkeit des Statuts 297

Sechster Abschnitt: Die Auflösung der Ehe 298

A. Auflösungsgründe 298

- I. Auflösung durch Tod oder Todeserklärung 298
- II. Gerichtliche Auflösung der Ehe nach deutschem Sachrecht 298

B. Die Auflösung der Ehe in Fällen mit Auslandsbezug 299

- I. Tod und Todeserklärung 299
 - 1. Auflösung durch Tod 299
 - 2. Die Wirkungen der Todeserklärung 299
- II. Ehescheidung und -aufhebung durch Rechtsvorgänge im Inland 300
 - 1. Inländische Gerichtsentscheidungen 300
 - 2. Privatscheidungen im Inland 301
- III. Ehescheidung und -aufhebung im Ausland 302
 - 1. Allgemeines zur Anerkennung von Ehescheidungen 302
 - 2. Die Anerkennung auf der Grundlage der Brüssel-IIb-VO 303
 - a) Der Anwendungsbereich der Brüssel-IIb-VO 304
 - aa) Allgemeines 304
 - bb) Grundsätzlich nur Anwendung auf gerichtliche und behördliche Scheidungen oder Eheaufhebungen 304
 - cc) Erstreckung der Anerkennungsregeln für Entscheidungen auch auf neue außergerichtliche Scheidungsformen in Europa? 304
 - dd) Anwendung auf Feststellungsentscheidungen und antragszurückweisende Entscheidungen 306
 - b) Die Anerkennungsvoraussetzungen 306
 - aa) Allgemeines 306
 - bb) Verstoß gegen den deutschen ordre public 307
 - cc) Zustellungsfehler 307
 - dd) Widerspruch zu früheren Entscheidungen 307
 - c) Das Verfahren der Entscheidungsanerkennung 307
 - aa) Inzidententscheidung 307
 - bb) Das fakultative Feststellungsverfahren 308
 - 3. Anerkennung auf der Grundlage von Staatsverträgen 309
 - 4. Anerkennung nach autonomem deutschem Recht 309
 - a) Die Anerkennungsvoraussetzungen des § 109 FamFG 309
 - b) Das Anerkennungsverfahren nach § 107 FamFG 312
 - aa) Allgemeines, Zweck 312
 - bb) Voraussetzungen des Verfahrens 314
 - cc) Die Durchführung des Verfahrens 315
 - dd) Die Wirkung der Entscheidung 316
 - 5. Privatscheidungen im Ausland 317
 - a) Die Sonderregeln der Brüssel-IIb-VO zur Anerkennung öffentlicher Urkunden und Vereinbarungen über eine Ehescheidung 317

- aa) Anwendungsbereich 318
- bb) Voraussetzungen für eine Anerkennung 319
- cc) Wirkungen der Anerkennung 320
- b) Im Übrigen: Kollisionsrechtliche Anknüpfung von Privatscheidungen nach allgemeinen Regeln 321
 - aa) Allgemeines 321
 - bb) Die Bestimmung des Scheidungsstatuts 322
 - cc) Anwendbarkeit auf Privatscheidungen und Modifikationen 323
- c) Die Notwendigkeit eines Anerkennungsverfahrens 325

Siebter Abschnitt: Der Name in der Ehe 327

A. Namensführung in der Ehe nach deutschem Recht 327

I. Rechtsentwicklung 327

II. Der Ehename 328

1. Lediglich eine Option 328
2. Die wählbaren Namen 328
 - a) Der Geburtsname eines der Ehegatten, § 1355 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BGB 329
 - b) Der zur Zeit der Erklärung geführte Familienname eines der Ehegatten, § 1355 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BGB 329
 - c) Die Möglichkeit einer Doppelnamensbildung, § 1355 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BGB 330
 - d) Das Verkürzen des Geburts- oder Präsenznamens eines Ehegatten, § 1355 Abs. 3 Nr. 1 BGB 332
3. Rechtsnatur, Zeitpunkt, Wirksamkeit der Erklärungen 333
4. Widerruf oder Änderung der Ehenamensbestimmung 335
5. Die (begrenzte) Möglichkeit einer geschlechtsangepassten Führung des Ehenamens, § 1355b BGB 336
 - a) Allgemeines 336
 - b) Voraussetzungen der Geschlechtsanpassung 338
 - c) »Anwendung« der sorbischen Tradition oder des ausländischen Rechts 340
 - d) Modalitäten und Wirkungen der Geschlechtsanpassung 341
 - e) Rückanpassung bereits geschlechtsangepasster Namen? 342

III. Getrennte Namensführung 342

1. § 1355 Abs. 1 Satz 3 BGB als regelungstechnischer Grundsatz 342
2. Der »zur Zeit der Eheschließung geführte Name« 343

IV. Das Hinzufügen eines Begleitnamens 344

1. Regelungszweck und Grundvoraussetzung 344
2. Der hinzuzufügende Name 345
 - a) Der Geburtsname 345
 - b) Der zur Zeit der Erklärung geführte Name 346
3. Doppelnamen und Regelungen zur Verhinderung von Namensketten 346
4. Rechtsnatur und allgemeine Wirksamkeitsvoraussetzungen der Erklärung 348
5. Keine Zustimmung des anderen Ehegatten 349
6. Der Zeitpunkt der Namenshinzufügung 349

- 7. Der Widerruf der hinzufügenden Erklärung 349
- 8. Der Verbrauch der Erklärungsrechte 350
- 9. Die namensrechtliche Bedeutung des Begleitnamens und dessen Verbindung mit dem Ehenamen 351
- V. **Der Name nach Auflösung der Ehe 352**
 - 1. Der Grundsatz der Namenskontinuität, § 1355 Abs. 5 Satz 1 BGB 352
 - 2. Namensänderungen nach Auflösung der Ehe, § 1355 Abs. 5 Satz 2 BGB 353
 - a) Die Anwendbarkeit der Vorschrift 353
 - b) Die Wiederannahme des Geburtsnamens 354
 - c) Die Wiederannahme des zur Zeit der Ehenamensbestimmung geführten Namens 354
 - d) Das Hinzufügen eines Begleitnamens 355
 - e) Das Kombinieren von verschiedenen Namen aus verschiedenen Ehen 355
 - f) Widerruf; Verbrauch des Erklärungsrechts 356
 - g) Rechtsnatur und Zeitpunkt der Erklärung 356
 - h) Die Wiederannahme eines früheren Namens im Verhältnis zu Dritten 356
 - i) Namensuntersagung 357
- B. **Namensführung in der Ehe in Fällen mit Auslandsbezug 358**
 - I. **Allgemeines 358**
 - II. **Die Maßgeblichkeit des allgemein bestimmten Namensstatuts, Art. 10 Abs. 1, 4 EGBGB 358**
 - 1. Die Bestimmung des maßgeblichen Namensstatuts 358
 - 2. Die gleichzeitige Anwendung zweier Namensstatute 359
 - a) Kollisionsrechtliche Übereinstimmung der beiden Namensstatute 359
 - b) Sachrechtliche Übereinstimmung der beiden Namensstatute 359
 - 3. Das Überwinden von Regelungswidersprüchen durch »Angleichung« 360
 - a) Art. 10 Abs. 2 EGBGB als Beispiel »kollisionsrechtlicher Angleichung« 360
 - b) Die »sachrechtliche Angleichung« 360
 - 4. Fallgruppen, Einzelbeispiele 361
 - III. **Rechtswahl nach Art. 10 Abs. 2 EGBGB 363**
 - 1. Allgemeines, Regelungszweck 363
 - 2. Die wählbaren Rechte 364
 - a) Das Verhältnis von objektiver Anknüpfung und Rechtswahl 364
 - b) Wahl des Heimatrechts eines Ehegatten, Art. 10 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 EGBGB 364
 - c) Wahl des deutschen Aufenthaltsrechts eines Ehegatten, Art. 10 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 EGBGB 365
 - 3. Die Reichweite der Rechtswahl 366
 - 4. Probleme der Rechtsanwendung 367
 - 5. Modalitäten der Rechtswahl 368
 - IV. **Besonderheiten bei Eheschließung im Ausland 369**
 - 1. Die Auslandseheschließung als abgeschlossener namensrechtlicher Tatbestand 369
 - a) Die rückwirkende Anknüpfung nach Art. 10 EGBGB 369
 - b) Die Weiterführung eines anlässlich der Eheschließung in der EU erlangten Namens 369

- 2. Die Rechtslage bei rückwirkender Anknüpfung 370
 - a) Gemeinsames Personalstatut 370
 - b) Unterschiedliche Namensstatute 370
 - c) Die gemeinsame Rechtswahl nach Art. 10 Abs. 2 EGBGB 371
 - aa) Zulässigkeit der Rechtswahl bei Auslandseheschließungen 371
 - bb) Die wählbaren Rechte 371
 - cc) Form 371
 - dd) Amtsempfangsbedürftigkeit 372
 - ee) Inhalt, Auslegung 373
 - 3. Rechtswahl nach der Rückkehr ins Inland 374
 - V. Namensbestimmende Erklärungen nach der Eheschließung 375
 - 1. Nachträgliche Rechtswahl 375
 - a) Regelungszweck 375
 - b) Rechtswahlvoraussetzungen 375
 - c) Keine frühere Rechtswahl 376
 - 2. Nachträgliche sachrechtliche Erklärungen zur Namensführung 377
 - a) Anfängliche rechtliche Unmöglichkeit der Namensbestimmung 377
 - b) Nachträglicher Statutenwechsel zum deutschen Recht 377
- Achter Abschnitt: Die Lebenspartnerschaft 378**
- A. Allgemeines 378
 - B. Die wirksame Begründung der Lebenspartnerschaft 379
 - C. Auflösung der Lebenspartnerschaft 380
 - I. Auflösung durch Tod oder Todeserklärung 380
 - II. Gerichtliche Auflösung nach deutschem Sachrecht 381
 - D. Der Name in der Lebenspartnerschaft 381
 - E. Fälle mit Auslandsbezug 382
 - I. Allgemeines 382
 - 1. Anwendungsfälle 382
 - 2. Die Anknüpfungsgrundsätze des Art. 17b EGBGB 382
 - II. Die Begründung von Lebenspartnerschaften im Inland 384
 - III. Nach ausländischem Recht begründete Lebenspartnerschaften 384
 - 1. Die Registrierung nach § 35 PStG 384
 - 2. Die Feststellung der Wirksamkeit 385
 - a) Formwirksamkeit 385
 - b) Materielle Wirksamkeit 385
 - 3. Die rechtliche Qualität der ausländischen Lebenspartnerschaft 386
 - 4. Ausländische Lebenspartnerschaften und ordre public 386
 - 5. Verschiedengeschlechtliche Lebenspartnerschaften nach ausländischem Recht 387

- IV. Die Auflösung einer Lebenspartnerschaft mit Auslandsbezug 388**
 - 1. Die Auflösung der Lebenspartnerschaft im Inland 388
 - 2. Die Auflösung der Lebenspartnerschaft durch ein ausländisches Gericht 388
 - 3. Auflösung einer Lebenspartnerschaft ohne gerichtliche Mitwirkung 389
 - 4. Die Umwandlung der Lebenspartnerschaft in eine Ehe (und umgekehrt) 390
 - a) Die Umwandlung als solche 391
 - b) Der Name der Ehegatten nach der Umwandlung 392

Neunter Abschnitt: **Besonderheiten bei der gleichgeschlechtlichen Ehe 393**

- A. Die Umwandlung einer Lebenspartnerschaft in eine Ehe 393**
 - I. Die Umwandlung als solche, § 20a LPartG 394**
 - 1. Die Umwandlungsvoraussetzungen 394
 - a) Bestand der umzuwandelnden Lebenspartnerschaft 394
 - b) Keine Prüfung der Eheschließungsvoraussetzungen 396
 - 2. Der ungestörte Wille der Lebenspartner zur Umwandlung in eine Ehe 396
 - 3. Die Umwandlungshandlung 397
 - a) Inhalt der Umwandlungserklärung 397
 - b) Abgabe der Erklärungen vor dem Standesbeamten 398
 - c) Persönliche und gleichzeitige Anwesenheit der Lebenspartner sowie Erfordernisse des § 1312 BGB 399
 - 4. Folgen der Umwandlung 399
 - 5. Folgen einer fehlerhaften Umwandlung 399
 - II. Namensführung in der Ehe nach Umwandlung 399**
- B. Fälle mit Auslandsbezug 401**
 - I. Die Anknüpfung gleichgeschlechtlicher Ehen (und von Ehen mit Personen, die weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht angehören) 401**
 - II. Kein Erfordernis eines Eheschließungszeugnisses bei Eheschließung im Inland 403**
 - III. Umwandlung einer Lebenspartnerschaft in eine gleichgeschlechtliche Ehe 404**
 - IV. Die Auflösung gleichgeschlechtlicher Ehen 404**
 - 1. Anknüpfung 404
 - 2. Anerkennung ausländischer Entscheidungen 405

Teil IV Status und Name des Kindes im Zeitpunkt der Geburt 407

Erster Abschnitt: **Die Feststellung der Abstammung 407**

- A. Der zeitliche Bezug zur Geburt 407**
 - I. Die Geburt als Beginn der Rechtsbeziehungen 407**
 - II. Gestreckte Tatbestände im Geburtseintrag 407**
- B. Abstammung bei Anwendung deutschen Rechts 410**
 - I. Allgemeines; Rechtsentwicklung 410**

II. Die Feststellung der Mutterschaft 411

1. Die Geburt als Voraussetzung der Mutterschaft 411
2. Das Auseinanderfallen von genetischer und biologischer Mutterschaft 412
3. Unbekannte Identität der Mutter; Tod der Mutter vor Vollendung der Geburt 413

III. Die Feststellung der Vaterschaft 413

1. Allgemeines 413
2. Ehe der Mutter, § 1592 Nr. 1 BGB 415
 - a) Die Vaterschaft des Muttergatten als Grundsatz; derzeit keine Mit-Mutterschaft 415
 - b) Geburt während bestehender Ehe 417
 - c) Ausnahme: Geburt nach dem Tod des Ehemanns, § 1593 BGB 418
 - aa) Geburt nach spätestens 300 Tagen, § 1593 Satz 1 BGB 418
 - bb) Sonderfall: Geburt nach überlanger Schwangerschaft, § 1593 Satz 2 BGB 418
 - cc) Geburt nach Verschollenheit und Todeserklärung des Ehemanns 419
 - dd) Geburt in einer zweiten Ehe 420
 - d) Der rechtliche Bestand der Ehe 420
 - aa) Die sachrechtlich fehlerhafte Ehe 420
 - bb) Die Ehe als kollisionsrechtliche Vorfrage 422
 - e) »Nichtgelten« der Vaterschaft aufgrund eines Anfechtungsbeschlusses 422
 - f) »Nichtgelten« der Vaterschaft aufgrund einer qualifizierten Drittanerkennung 422
 - aa) Zweck und Funktion der Vorschrift 422
 - bb) Voraussetzungen und Wirkung 423
3. Die Anerkennung eines vaterlosen Kindes, § 1592 Nr. 2 BGB 424
4. Die gerichtliche Vaterschaftsfeststellung, § 1592 Nr. 3 BGB 424

C. Die Abstammung in Fällen mit Auslandsbezug 425**I. Allgemeines; Rechtsentwicklung 425****II. Die Anknüpfungsgrundsätze 426**

1. Qualifikation 426
2. Art. 19 Abs. 1 Satz 1 EGBGB: Gewöhnlicher Aufenthalt des Kindes 427
3. Art. 19 Abs. 1 Satz 2 EGBGB: Staatsangehörigkeit der Eltern 428
4. Art. 19 Abs. 1 Satz 3 EGBGB: Ehwirkungsstatut der Elternehe 429
 - a) Anknüpfungsgrundsätze 429
 - b) Reichweite des Ehwirkungsstatuts 430
 - c) Der Bestand der Ehe als Anknüpfungsvoraussetzung 430
 - aa) Die bestehende Ehe als »Erstfrage« 430
 - bb) Die Wirksamkeit der Eheschließung 430
 - cc) Die Wirksamkeit einer Eheauflösung 431
5. Die Problematik der Wandelbarkeit der Anknüpfungen 432
 - a) Grundsätzliche Konsequenzen der wandelbaren Anknüpfung 432
 - b) Statutenwechsel nach wirksamer Begründung eines Abstammungsverhältnisses 432

- c) Statutenwechsel vor wirksamer Begründung eines Abstammungsverhältnisses **434**
 - d) Bedeutung dieser Grundsätze für den Geburtsstandesbeamten **435**
- 6. Das Verhältnis der Anknüpfungen zueinander **436**
 - a) Das kollisionsrechtliche »Günstigkeitsprinzip« in Art. 19 EGBGB **436**
 - aa) Rechtsentwicklung **436**
 - bb) Günstigkeit bei konkurrierenden Elternschaften **437**
 - b) Bedeutung des Günstigkeitsprinzips für den Renvoi **437**
- III. Die Feststellung der Mutterschaft in Fällen mit Auslandsbezug 438**
 - 1. Das Kollisionsrecht der Mutterschaftsfeststellung **438**
 - 2. Besonderheiten bei »künstlicher« Mutterschaft **439**
 - a) Die durch künstliche Fortpflanzung erlangte Elternschaft als Regelungsgegenstand des Abstammungsstatuts **439**
 - b) Elternschaft der Wunscheltern nach ausländischem Abstammungsstatut **439**
 - c) Elternschaft der Wunscheltern aufgrund der Anerkennung einer ausländischen Abstammungsentscheidung **440**
 - d) Grenze des deutschen ordre public **441**
 - 3. Besonderheiten bei der Mutterschaftsanerkennung **443**
 - a) Die Mutterschaftsanerkennung als ein Rechtsinstitut des romanischen Rechtskreises **443**
 - aa) Die Regelungsprinzipien und ihre historischen Grundlagen **443**
 - bb) Die Rechtsentwicklung im Gefolge der »Marckx-Entscheidung« **444**
 - cc) Einzelprobleme der Rechtsanwendung **444**
 - b) Das IPR der Mutterschaftsanerkennung **445**
 - aa) Die Mutterschaftsanerkennung im System der allgemeinen Anknüpfungsgrundsätze **445**
 - bb) Die Form der Mutterschaftsanerkennung **445**
 - cc) Die Zustimmungserfordernisse, Art. 23 EGBGB **446**
 - dd) Vorfragen **446**
 - c) Anerkennung trotz abweichenden Mutterschaftsstatuts? **446**
 - d) Das Mutterschaftsfeststellungsübereinkommen (CIEC-Übereinkommen Nr. 6) **447**
- IV. Die gesetzliche Vaterschaft des Ehemanns in Fällen mit Auslandsbezug 447**
 - 1. Das IPR der Vaterschaftsfeststellung **447**
 - a) Anknüpfungsfragen **447**
 - b) Die Vorfrage der bestehenden Mutterehe **447**
 - aa) Allgemeine Grundsätze **447**
 - bb) Selbständige oder unselbständige Anknüpfung der Vorfrage? **448**
 - 2. Sachrechtliche Fragen der Vaterschaftsfeststellung **450**
 - a) Die Ehe als Grundlage von Vaterschaft und Vaterschaftsvermutungen **450**
 - b) Der zeitliche Zusammenhang mit der Ehe **450**
 - 3. Abschwächung der rechtlichen Zuordnung zum Ehemann **451**
 - a) Vaterschaft oder Vaterschaftsvermutung? **451**
 - b) Abschwächung durch objektive Umstände **451**
 - c) Abschwächung durch abweichende Statuserklärungen **452**
 - d) Abschwächung durch abweichende Personenstandseintragung **452**

- V. Konkurrierende Elternschaften 453
- VI. Mehrelternschaften 453
- VII. Gleichgeschlechtliche Elternschaft 454

Zweiter Abschnitt: Die Feststellung des Geschlechts 456

- A. Die Zuordnung zu einem Geschlecht nach deutschem Recht 456
 - I. Allgemeines 456
 - II. Personen mit offenem oder diversem Geschlechtseintrag 457
- B. Fälle mit Auslandsbezug 458

Dritter Abschnitt: Der bei der Geburt erworbene Name des Kindes 460

- A. Der Geburtsname des Kindes nach deutschem Recht 460
 - I. Allgemeines 460
 - 1. Rechtsentwicklung; Übergangsrecht zur Namensrechtsreform des Jahres 2024 460
 - 2. Die Regelungsprinzipien des Kindesnamensrecht seit dem KindRG 461
 - II. Der gesetzliche Name des Kindes, dessen Eltern einen Ehenamen führen, § 1616 BGB 463
 - 1. Der Regelungsgrundsatz 463
 - 2. Der Zeitpunkt der Ehenamensführung 463
 - III. Die Bestimmung des Kindesnamens bei gemeinsamer Sorge der Eltern, § 1617 BGB 464
 - 1. Allgemeines 464
 - 2. Der wählbare Name 466
 - a) Der Vorrang eines bereits bestimmten Geschwisternamens, § 1617 Abs. 5 BGB 466
 - b) Der »geführte« Name eines Elternteils, § 1617 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BGB 468
 - c) Die Möglichkeit einer Doppelnamensbildung, § 1617 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BGB 468
 - d) Das Verkürzen des geführten Namens eines Elternteils, § 1617 Abs. 2 Nr. 1 BGB 470
 - 3. Voraussetzungen und Durchführung der Namensbestimmung 470
 - 4. Namenserwerb bei Uneinigkeit der Eltern 470
 - a) Zunächst: Erwerb eines gesetzlich bestimmten Doppelnamens 470
 - b) Sodann: Ablehnungsrecht und familiengerichtliche Übertragung des einseitigen Bestimmungsrechts auf einen Elternteil 472
 - c) Bindungswirkung für weitere gemeinsame Kinder der Eltern 474
 - IV. Der Erwerb des Kindesnamens bei Alleinsorge eines Elternteils, § 1617a BGB 474
 - 1. Gesetzlicher Erwerb des Namens des sorgeberechtigten Elternteils, § 1617a Abs. 1 BGB 474
 - 2. Das Verkürzen des Namens des sorgeberechtigten Elternteils, § 1617a Abs. 2 BGB 475

3. Erteilung des Namens des nicht sorgeberechtigten Elternteils oder eines aus den Namen beider Elternteile gebildeten Doppelnamens, § 1617a Abs. 3 BGB **476**
 - a) Voraussetzungen der Namenserteilung **476**
 - b) Die Wirkungen der Namenserteilung **477**
- V. **Die (begrenzte) Möglichkeit einer geschlechtsangepassten Form des Geburtsnamens, § 1617f BGB 478**
 1. Überblick **478**
 2. Voraussetzungen, Modalitäten und Wirkungen der Geschlechtsanpassung **478**
 3. Rückanpassung bereits geschlechtsangepasster Namen **480**
- VI. **Die Bestimmung des Geburtsnamens nach friesischer und dänischer Tradition, §§ 1617g, 1617h BGB 481**
 1. Die wählbaren Namen **481**
 2. Voraussetzungen und Durchführung der Namensbestimmung **482**
 3. Maßgeblichkeit des Namens für spätere Namensableitung vom Namensträger **484**
 4. Keine Widerrufsmöglichkeit **484**
- VII. **Namensbestimmung durch die zuständige Verwaltungsbehörde 485**
- B. **Der Geburtsname des Kindes in Fällen mit Auslandsbezug 485**
 - I. **Allgemeine Anknüpfungsgrundsätze 485**
 - II. **Familienrechtliche Vorfragen 486**
 1. Namensrecht **486**
 2. Staatsangehörigkeitsrecht **486**
 - III. **Der Namenserwerb bei der Geburt 487**
 1. Der gesetzliche Name des Kindes einer verheirateten Frau **487**
 - a) Allgemeine Anknüpfung **487**
 - b) Probleme bei der Anwendung des Sachrechts **488**
 2. Der gesetzliche Name des Kindes einer unverheirateten Frau **489**
 - a) Allgemeine Anknüpfung **489**
 - b) Probleme bei der Anwendung des Sachrechts **491**
 3. Der durch Rechtswahl bestimmte Name des Kindes, Art. 10 Abs. 3 EGBGB **491**
 - a) Regelungszweck **491**
 - b) Der Zeitpunkt der Rechtswahl **492**
 - c) Der inländische Geburtseintrag als kollisionsrechtliches Anknüpfungsmerkmal **492**
 - d) Die wählbaren Rechte und Reichweite der Rechtswahl **493**
 - e) Die Rechtswahlbefugnis **495**
 - f) Sonstige Voraussetzungen der Rechtswahl **496**
 - g) Wirkungen der Rechtswahl **497**
- C. **Der Vorname 497**
 - I. **Die Vornamensgebung nach deutschem Recht 497**
 1. Die Rechtsnatur des Vornamens **497**

- a) Funktion und Stellung des Vornamens **497**
 - b) Vorname und »Rufname« **498**
 - 2. Grundlagen der Vornamensgebung **498**
 - a) Die Befugnis zur Vornamensgebung **498**
 - aa) Die Befugnis als Ausfluss des Sorgerechts **498**
 - bb) Vornamensgebung durch beide Elternteile **499**
 - cc) Vornamensgebung durch die allein sorgeberechtigte Mutter **500**
 - b) Verfahrensrechtliche und materiellrechtliche Elemente des Namenserverwerbs **500**
 - 3. Allgemeine Grundsätze zur inhaltlichen Zulässigkeit von Vornamen **502**
 - a) Rechtsentwicklung **502**
 - b) Die neuere verfassungsgerichtliche Rechtsprechung **503**
 - aa) Die Grundsätze der BVerfG-Entscheidungen **503**
 - bb) Die »negative« Grenzziehung durch das BVerfG **503**
 - c) Die Irrelevanz der positiven Geschlechtsbezogenheit **504**
 - d) Irrelevanz der Herkunft und bisherigen Verwendung des Namens **505**
 - e) Die Konkretisierungsbedürftigkeit der maßgeblichen Kriterien **506**
 - 4. Die soziale Wirkung des Namens als einziger Maßstab **507**
 - a) Die für die Beurteilung relevante Bezugsgruppe **507**
 - b) Die Spontaneität der Beurteilung **508**
 - c) Zukunftswirkung statt retrospektiver Rechtfertigung **508**
 - 5. Die Zulässigkeit im Einzelnen **508**
 - a) Unzulässigkeit aufgrund fehlender Namensqualität **508**
 - b) »Geschlechtswidrige« Namen **509**
 - c) Bezeichnungen, die nicht als Vornamen empfunden werden **510**
 - aa) Familiennamen **511**
 - bb) Sach-, Gattungs- und Ortsbezeichnungen **512**
 - cc) Unpersönliche Anredeformen **514**
 - d) Namen von bekannten Personen oder Gestalten der Literatur **514**
 - e) Sonstige das Kind belastende Namen **516**
 - f) Schreibweise und Aussprache **516**
 - g) Zulässige Zahl von Vornamen **517**
 - h) Fehlen der familieninternen Kennzeichnungskraft **518**
- II. Der Vorname des Kindes in Fällen mit Auslandsbezug 519**
- 1. Anknüpfung und Reichweite des Vornamensstatus **519**
 - a) Art und Weise der Vornamensgebung und Zeitpunkt des Namenserverwerbs **519**
 - b) Die inhaltlichen Grenzen der Vornamensbestimmung **519**
 - 2. Die Befugnis zur Vornamenserteilung im IPR **521**

Teil V Änderungen des Status und des Namens nach der Geburt **523**

A. Allgemeines **523**

B. Die Feststellung der Abstammung von der Mutter **524**

I. Allgemeines **524**

- II. Notwendigkeit einer späteren Mutterschaftsfeststellung 524**
 - 1. Fälschlich angenommene Mutterschaft 524
 - 2. Unbekannte Mutterschaft: Findelkind, anonyme Geburt und Kindesabgabe sowie vertrauliche Geburt 525
- C. Die Feststellung der Abstammung vom Vater 526**
 - I. Allgemeines zur Vaterschaftsanerkennung 526**
 - 1. Das Verhältnis der gesetzlichen zur anerkannten Vaterschaft 526
 - 2. Die Rechtsnatur der Anerkennungserklärung 527
 - II. Wirksamkeitsvoraussetzungen der Vaterschaftsanerkennung 528**
 - 1. Die Anerkennungserklärung 528
 - a) Inhaltliche Erfordernisse 528
 - b) Persönliche Erfordernisse 530
 - aa) Vaterschaftsanerkennung durch beschränkt Geschäftsfähige 530
 - bb) Vaterschaftsanerkennung durch Geschäftsunfähige 531
 - c) Form, Zugang 532
 - d) Widerruf 532
 - aa) Voraussetzungen 532
 - bb) Form 533
 - cc) Rechtsfolgen 533
 - 2. Zeitpunkt der Anerkennung 533
 - a) Der gesetzliche Regelfall: Anerkennung nach der Geburt 533
 - b) Der Sonderfall der pränatalen Anerkennung 534
 - aa) Allgemeines 534
 - bb) Abweichungen von den allgemeinen Grundsätzen 534
 - cc) Ehe der Mutter 535
 - c) Anerkennung eines toten Kindes 536
 - aa) Fehl- oder Totgeburt 536
 - bb) Tod des lebend geborenen Kindes 536
 - 3. Die Sperrwirkung der Vaterschaft eines anderen Mannes, § 1594 Abs. 2 BGB 536
 - a) Allgemeines 536
 - b) Schwebende Unwirksamkeit 537
 - c) Schutz des leiblichen Vaters 538
 - d) Das Verhältnis von Anerkennung und Adoption 538
 - 4. Die Zustimmungserklärungen 539
 - a) Allgemeines 539
 - b) Zustimmung der Mutter 540
 - aa) Allgemeines, Rechtsnatur der Zustimmung, Form 540
 - bb) Empfangsbedürftigkeit 540
 - cc) Geschäftsfähigkeit 540
 - c) Zustimmung des Kindes 541
 - aa) Fallgruppen 541
 - bb) Geschäftsfähigkeit 542
 - d) Wahrung der Kindesinteressen gegenüber der Mutter 543
 - aa) Untätigkeit der Mutter 543
 - bb) Zustimmung der Mutter zur Anerkennung des Nichterzeugers 544

- 5. Form- und Verfahrensfragen **545**
 - a) Form **545**
 - b) Zuständigkeit **545**
 - c) Benachrichtigungspflicht **546**
 - d) Übersendung an das Standesamt **546**
- 6. Rechtsfolgen einer fehlerhaften Anerkennung **547**
 - a) Rechtsentwicklung **547**
 - b) Die Unwirksamkeit der Anerkennung **547**
 - c) Die Heilung einer unwirksamen Anerkennung **548**
- III. Die qualifizierte Drittanererkennung 549**
 - 1. Allgemeines **549**
 - 2. Die Wirksamkeitsvoraussetzungen **550**
 - a) Geburt des Kindes nach Anhängigkeit eines Scheidungsantrags **550**
 - b) Anerkennungserklärung des Dritten **551**
 - aa) Verhältnis zu § 1594 Abs. 2 BGB **551**
 - bb) Jahresfrist **551**
 - c) Anfechtung der anerkannten Vaterschaft **551**
 - d) Zustimmung der Mutter **553**
 - e) Zustimmungserklärung des (Noch-)Ehemanns **553**
 - f) Auflösung der Ehe **555**
 - aa) Die Scheidung der Ehe als gesetzlicher Regelfall **555**
 - bb) Auflösung der Ehe durch Tod des Ehemanns **556**
 - cc) Auflösung der Ehe durch Tod der Mutter **556**
 - 3. Personenstandsrechtliche Konsequenzen **556**
- IV. Die Vaterschaftsanerkennung in Fällen mit Auslandsbezug 557**
 - 1. Die Anknüpfungsregeln des Art. 19 Abs. 1 EGBGB **557**
 - 2. Die qualifizierte Drittanererkennung nach § 1599 Abs. 2 BGB in Fällen mit Auslandsbezug **557**
 - a) Anknüpfung **557**
 - b) Entsprechende Anwendung bei Geburt nach Scheidung oder Trennung von Tisch und Bett **558**
 - 3. Konkurrierende Vaterschaften bei Konflikt zwischen gesetzlicher Vaterschaft und Vaterschaftsanerkennung **559**
 - a) Doppelte Vaterschaft im Zeitpunkt der Geburt: Pränatale Vaterschaftsanerkennung **559**
 - b) Die Konkurrenz des (ehemaligen) Ehemanns mit einem später anerkennenden Dritten **560**
 - aa) Anerkennungssperre im für die Abstammung des Anerkennenden maßgeblichen Statut – sachrechtliche Auflösung des Konflikts **560**
 - bb) Keine Anerkennungssperre im für die Abstammung des Anerkennenden maßgeblichen Statut – kollisionsrechtliche Auflösung des Konflikts durch Prioritätsprinzip **561**
 - 4. Zustimmungserfordernisse, Art. 23 EGBGB **563**
 - a) Grundregel: Die Kumulation des Abstammungsstatuts mit dem Heimatrecht des Kindes **563**
 - b) Formprobleme bei der Zustimmung der Mutter **565**

5. Missbräuchliche Vaterschaftsanerkennung **565**
 - a) Die Anerkennung des Kindes einer Ausländerin durch einen deutschen Mann **565**
 - aa) Die angestrebte Umgehung des Ausländerrechts **566**
 - bb) Anknüpfung **566**
 - cc) Der gescheiterter Lösungsversuch des Gesetzgebers: § 1600 Abs. 1 Nr. 5 BGB und seine Aufhebung durch das Bundesverfassungsgericht **566**
 - dd) Das neue Verbot missbräuchlicher Vaterschaftsanerkennungen nach § 1597a BGB **568**
 - b) Die Anerkennung des Kindes einer Deutschen durch einen ausländischen Mann **571**
 - c) Die Anerkennung des Kindes einer Ausländerin durch einen ausländischen Mann **572**
 6. Besondere Probleme bei der Anwendung ausländischen Rechts **572**
 - a) Die Qualität des Abstammungsverhältnisses: Ausländische Rechtsordnungen mit »gespaltenen Kindschaft«, insbesondere Legitimation **572**
 - aa) Das Problem **572**
 - bb) Qualifikations- und Anknüpfungsgrundsätze bei der Abstammung **573**
 - cc) Qualifikations- und Anknüpfungsprobleme bei der Legitimation **573**
 - b) Die islamrechtliche Legitimanerkennung (»iqlar«) **575**
- V. Die gerichtliche Vaterschaftsfeststellung 576**
1. Vaterschaftsfeststellung durch ein deutsches Gericht **576**
 - a) Die prozessualen Möglichkeiten **576**
 - aa) Vaterschaftsfeststellungsverfahren **576**
 - bb) Vaterschaftsfeststellung nach dem Tode des Mannes oder des Kindes **576**
 - cc) Abweisung des Antrags auf Feststellung des Nichtbestehens der Vaterschaft **576**
 - b) Die materiellen Voraussetzungen **577**
 - c) Die Prüfung durch das Standesamt **577**
 2. Die Anerkennung einer ausländischen Vaterschaftsentscheidung **578**
 - a) Allgemeines **578**
 - b) Die internationale Zuständigkeit des ausländischen Gerichts **578**
 - c) Der ordre public **578**
- D. Die Beseitigung einer bestehenden Vaterschaft 579**
- I. Allgemeines 579**
- II. Die gerichtliche Anfechtung der Vaterschaft 580**
1. Anfechtung der gesetzlichen Vaterschaft des Ehemanns **580**
 2. Anfechtung der durch Anerkennung begründeten Vaterschaft **581**
 3. Das Anfechtungsverfahren **581**
 4. Die Unwirksamkeit des Beschlusses **583**
 5. Der Name nach Beseitigung der Vaterschaft **584**
- III. Beseitigung einer gesetzlichen Vaterschaft durch qualifizierte Drittanerkennung 584**

- IV. Die Vaterschaftsanfechtung mit Auslandsbezug 585**
 - 1. Vaterschaftsanfechtungen im Inland 585
 - a) Die Bestimmung des maßgeblichen Rechts, Art. 20 EGBGB 585
 - b) Qualifikationsfragen 586
 - c) Das Verfahren 586
 - 2. Die Anerkennung ausländischer Anfechtungsentscheidungen 587
 - 3. Probleme der Anwendung ausländischen Rechts 587
- V. Die qualifizierte Drittannerkennung mit Auslandsbezug 588**
 - 1. Qualifikationsfragen 588
 - 2. Anknüpfung 590
- E. Die verbindliche Feststellung der Abstammung 592**
 - I. Zweck und Reichweite 592**
 - 1. Allgemeines, Abgrenzungsfragen 592
 - 2. Anwendungsfälle 592
 - a) Fälle der verbindlichen Statusfeststellung 592
 - b) Die Problematik »mittelbarer Feststellungen« 593
 - c) Fälle mit Auslandsberührung 593
 - d) Besonderheiten bei der Feststellung durch ein ausländisches Gericht 594
 - II. Die Feststellung der Abstammung von der Mutter 595**
 - III. Die Feststellung der Abstammung vom Vater 596**
 - 1. Die positive Feststellung der Vaterschaft 596
 - 2. Die negative Feststellung der Nicht-Vaterschaft 597
 - IV. Das gerichtliche Verfahren 597**
 - F. Die nachträgliche Feststellung von Abstammungsvoraussetzungen 598**
 - I. Allgemeines; Probleme der Abgrenzung zu § 48 PStG 598**
 - II. Einzelfälle 599**
 - 1. Feststellung des Nichtbestehens der Ehe 599
 - 2. Nichtigerklärung der Ehe bei Maßgeblichkeit ausländischen Rechts 599
 - 3. Feststellung der Unwirksamkeit der Vaterschaftsanerkennung 600
 - 4. Todeserklärung und Feststellung der Todeszeit des Ehemanns der Mutter 600
 - 5. Feststellung oder Heilung der Ehe der Mutter 601
 - 6. Aufhebung einer rechtskräftigen Entscheidung in Ehesachen 601
 - 7. Aufhebung oder Änderung einer gerichtlichen Todeserklärung bzw. Feststellung der Todeszeit 601
 - G. Die Adoption 602**
 - I. Inlandsadoptionen nach deutschem Recht 602**
 - 1. Allgemeines 602
 - 2. Die grundsätzliche Prüfungskompetenz des Gerichts 603
 - 3. Ausnahmeweise bestehende Prüfungsbefugnisse des Standesamts 603
 - a) Nichtigkeit aufgrund rechtlich nicht möglicher Rechtsfolgen 604
 - b) Nichtigkeit wegen Fehlens der persönlichen Eignung 604

- c) Nichtigkeit aufgrund fundamentaler Verfahrensmängel **604**
 - d) Nichtigkeit der Namensbestimmung **604**
 - 4. Nichtigkeitsgründe im Einzelnen **605**
 - a) Die persönliche Eignung zur Adoption **605**
 - b) Das Verhältnis zu einer früheren Adoption **606**
 - c) Personenrechtliche Voraussetzungen **607**
 - d) Einwilligungs- und Zustimmungserfordernisse **608**
 - 5. Das Adoptionsverfahren **609**
 - 6. Die Wirkungen der Adoption **609**
 - a) Der Eingriff in die Verwandtschaftsverhältnisse **609**
 - b) Der Name des Adoptivkindes **609**
 - aa) Auswirkung der Adoption auf den Familiennamen allgemein **609**
 - bb) Die Bedeutung einer Festlegung des Familiennamens im Adoptionsbeschluss **612**
 - cc) Die gerichtliche Bildung eines Doppelnamens **613**
 - dd) Der Familienname beim verheirateten Angenommenen **614**
 - ee) Der Familienname bei gemeinschaftlicher Adoption **616**
 - ff) Der Vorname **618**
 - 7. Die Aufhebung des Annahmeverhältnisses **618**
 - a) Die gerichtliche Aufhebung des Annahmeverhältnisses **618**
 - b) Der Name des Kindes nach Aufhebung **619**
 - c) Die Aufhebung kraft Gesetzes **620**
- II. Inlandsadoptionen mit Auslandsbezug 620**
- 1. Allgemeines **620**
 - 2. Die Bestimmung des maßgeblichen Adoptionsrechts **621**
 - a) Rechtsentwicklung, intertemporales Recht **621**
 - b) Die Anknüpfung des Adoptionsstatuts bei Inlandsadoptionen, Art. 22 Abs. 1 Satz 1 EGBGB **621**
 - 3. Die Wirkungen der Adoption **622**
 - a) Allgemein **622**
 - b) Der Name des Adoptivkindes **622**
 - aa) Anknüpfung **622**
 - bb) Rechtswahl nach Art. 10 Abs. 3 EGBGB analog **622**
 - cc) Vorfragenanknüpfung **623**
 - c) Einzelprobleme **624**
 - aa) Getrennte Namensführung der Adoptiveltern **624**
 - bb) Fehlerhafte namensrechtliche Entscheidungen **624**
 - 4. »Zweitadoptionen« und »Adoptionswiederholungen« **624**
 - 5. Das Adoptionsverfahren nach deutschem Recht **625**
 - a) Internationale Zuständigkeit **625**
 - b) Art der gerichtlichen Mitwirkung **625**
 - 6. Das Adoptionsverfahren nach dem Haager Adoptionsübereinkommen (HAdoptÜ) **626**
 - a) Die Zielsetzung des Übereinkommens **626**
 - b) Die materiellrechtlichen Grundsätze des Übereinkommens **626**
 - c) Das Adoptionsübereinkommens-Ausführungsgesetz (AdÜbAG) **626**

III. Auslandsadoptionen 627

1. Allgemeines 627
2. Begriff der Adoption 627
3. Die Anerkennung ausländischer Adoptionen nach dem Haager Adoptionsübereinkommen 628
 - a) Allgemeine Grundsätze der Anerkennung 628
 - b) Die Umwandlung nach Art. 27 HAdoptÜ 629
 - c) Überprüfung ausländischer Bescheinigungen 629
4. Die Anerkennung ausländischer Adoptionen nach autonomem Recht 630
 - a) Allgemeines 630
 - b) Dekretadoptionen 630
 - aa) Die internationale Zuständigkeit, § 109 Abs. 1 Nr. 1 FamFG 631
 - bb) Der ordre public, § 109 Abs. 1 Nr. 2 bis 4 FamFG 631
 - cc) Schwache Adoptionswirkungen als Anerkennungshindernis? 633
 - dd) Die Problematik ausländischer Inkognito-Adoptionen 633
 - ee) Reichweite der Wirksamkeitserstreckung 634
 - c) Vertragsadoptionen 635
 - aa) Die Bestimmung des maßgeblichen Adoptionsstatuts 635
 - bb) Reichweite des Adoptionsstatuts; Qualifikationsfragen 636
 - cc) Rück- und Weiterverweisung 636
 - dd) Der ordre public 636
5. Das besondere Verfahren nach dem Adoptionswirkungsgesetz (AdWirkG) 637
 - a) Allgemeines; ausnahmsweise zwingendes Anerkennungsverfahren 637
 - b) Die Anerkennungs- und Wirkungsfeststellung gemäß § 2 AdWirkG 639
 - c) Die Umwandlung gemäß § 3 AdWirkG 640
 - d) Das Verfahren bei §§ 2, 3 AdWirkG 640
 - e) Vorläufige Anerkennung gemäß § 7 Satz 1 AdWirkG 641
6. Der Name des Adoptivkindes 641
 - a) Direkte Anknüpfung einer Namensfolge an den Voraustatbestand der Adoption 641
 - b) Rechtswahl nach Art. 10 Abs. 3 EGBGB analog 641
 - c) Der Name des Kindes bei getrennter Namensführung der Adoptiveltern 641
 - d) Der Vorname 642
 - e) Adoptionstyp im Namensstatut unbekannt: Der Name bei schwachen Adoptionen und Volljährigenadoption 642
 - f) Bestimmung des Namens durch ein ausländisches Gericht 643

H. Namensänderungen nach der Geburt 644**I. Der Name nach Feststellung der Vaterschaft 645**

1. Der Kindesname bei Anwendung deutschen Rechts 645
2. Der Kindesname in Fällen mit Auslandsbezug 645
 - a) Die allgemeine Anknüpfung 645
 - b) Namensbestimmung nach Art. 10 Abs. 3 EGBGB 646
 - c) Die Vaterschaftsfeststellung als Vorfrage im Namensrecht 646
 - d) Die Anwendung des ausländischen Namensrechts 646

II. Der Name nach Beseitigung der Vaterschaft, § 1617b Abs. 2 BGB 647

1. Allgemeines 647
2. Voraussetzungen nach § 1617b Abs. 2 BGB 647
 - a) Familienname des Mannes als Geburtsname 647
 - b) Rechtskräftige Feststellung der Nichtvaterschaft 648
 - c) Wirksamer Antrag 648
3. Wirksamkeitsvoraussetzungen des Antrags 649
 - a) Antragsberechtigung 649
 - b) Zeitpunkt des Antrags 649
4. Namensrechtliche Konsequenzen; Sonderfälle 650
 - a) Der Grundsatz: Namenswechsel vom Vater- zum Mutternamen 650
 - b) Namensidentität zwischen Mutter und Scheinvater 650
 - c) Änderung des Familiennamens der Mutter nach Geburt des Kindes 651
 - d) Erstreckung auf den Ehenamen des Kindes 652
 - e) Das Verkürzen des Namens der Mutter, § 1617b Abs. 3 BGB 652
 - f) Geschlechtsanpassung des Namens nach sorbischer und ausländischer Tradition und Namensbildung nach friesischer und dänischer Tradition, §§ 1617f, 1617g, 1617h BGB 653
5. Fälle mit Auslandsbezug 653

III. Die Namenserstreckung 653

1. Allgemeines 653
 - a) Der Grundsatz der Namenserstreckung 653
 - b) Die einzelnen Tatbestände im Überblick 654
 - c) Namenserstreckung kraft Gesetzes oder durch Anschlusserklärung 655
2. Namenserstreckung bei nachträglicher Bestimmung eines Ehenamens der Eltern, § 1617c Abs. 1 BGB 656
 - a) Die Bestimmung eines Ehenamens durch die Eltern 656
 - b) Die Anschlusserklärung des Kindes bei § 1617c Abs. 1 BGB 656
 - aa) Allgemeines 656
 - bb) Das geschäftsunfähige Kind 657
 - cc) Das beschränkt geschäftsfähige Kind vor Vollendung des 14. Lebensjahres 657
 - dd) Das beschränkt geschäftsfähige Kind nach Vollendung des 14. Lebensjahres 658
 - ee) Das geschäftsfähige Kind 659
 - c) Problemfälle 659
 - aa) Tod des Kindes 659
 - bb) Interessenkonflikte zwischen Kind und gesetzlichem Vertreter 659
 - cc) Übereinstimmung zwischen dem Geburtsnamen des Kindes und dem Ehenamen 659
 - dd) Anschluss nach Ablegung des Ehenamens durch die Eltern? 660
3. Namenserstreckung bei Änderung des Ehenamens der Eltern, § 1617c Abs. 2 Nr. 1 BGB 661
 - a) Die Bedeutung des Begriffs »Ehename« 661
 - b) Die Rechtsgrundlage der Änderung 663
 - aa) Privatrechtliche Namensänderungen 663

- bb) Öffentlichrechtliche Namensänderungen **663**
- c) Änderung nach dem Tod eines Elternteils **665**
- 4. Namenserstreckung aufgrund einer Namensänderung beim namensgebenden Elternteil, § 1617c Abs. 2 Nr. 2 BGB **666**
 - a) Überblick **666**
 - b) Der Katalog der Namensänderungsfälle in §§ 1617, 1617a und 1617b BGB **666**
 - c) Anwendbarkeit auch in anderen Fällen? **667**
 - aa) Die Ableitung des Namens von einem Elternteil als Grundvoraussetzung **667**
 - bb) Namenserstreckung auch nach einer Einbenennung? **667**
 - d) Die Änderung des Bezugsnamens **668**
 - e) Namensrechtliche Konsequenzen **668**
- 5. Die Erstreckung einer Namensänderung auf den Ehenamen, § 1617c Abs. 3 BGB **669**
 - a) Der Regelungsgrundsatz **669**
 - b) Materielle Voraussetzungen **669**
 - aa) Allgemeines **669**
 - bb) Beschränkung der Anschlussklärung des Kindes auf seinen Geburtsnamen? **669**
 - cc) Minderjährigkeit des anschließungsberechtigten Ehegatten **670**
 - dd) Form der Anschlussklärung **671**
 - c) Namensrechtliche Konsequenzen **671**
 - aa) Konsequenzen für den Ehenamen **671**
 - bb) Mittelbare Konsequenzen für den Namen gemeinsamer Kinder **672**
 - cc) Mittelbare Konsequenzen für Kinder des Ehegatten, der sich anschließt **672**
- 6. Die Erstreckung einer Vornamensänderung auf einen nach friesischer Tradition gebildeten Namen, § 1617g Abs. 4 BGB **672**
- 7. Fälle mit Auslandsbezug **672**
- IV. Das Verkürzen des Namens des sorgeberechtigten Elternteils, § 1617a Abs. 2 BGB **673**
- V. Namensneubestimmung aufgrund geänderter Sorgerechtsverhältnisse, § 1617b Abs. 1 BGB **673**
 - 1. Die Funktion des § 1617b BGB **673**
 - 2. Namensneubestimmung bei nachträglicher gemeinsamer Sorge, § 1617b Abs. 1 BGB **674**
 - a) Allgemeines **674**
 - b) Die Voraussetzungen des § 1617b Abs. 1 BGB **675**
 - aa) Die Begründung der gemeinsamen elterlichen Sorge **675**
 - bb) Bisherige Familiennamensführung des Kindes **676**
 - cc) Die wählbaren Namen **677**
 - dd) Das Problem der »kalten« Einbenennung **678**
 - ee) Frist für die Namensneubestimmung **679**
 - ff) Form der Namensneubestimmungserklärung **679**
 - gg) Anschlussklärung des Kindes **679**

- c) Die Auswirkungen auf den Namen; Bindungswirkung für weitere gemeinsame Kinder **680**
- 3. Fälle mit Auslandsbezug **681**
- VI. Die Namenserteilung, § 1617a Abs. 3 BGB 682**
 - 1. Allgemeines **682**
 - a) Der Begriff der Namenserteilung **682**
 - b) Rechtsentwicklung **683**
 - aa) Der rechtspolitische Hintergrund der Vorschrift **683**
 - bb) § 1617a Abs. 3 BGB als Nachfolgeregelung der Einbenennung durch den Vater gemäß § 1618 Abs. 1 Satz 1 BGB a. F. **683**
 - 2. Voraussetzungen der Namenserteilung **684**
 - a) Erklärung des sorgeberechtigten Elternteils **684**
 - b) Kein Sorgerecht des Elternteils, dessen Name erteilt wird **684**
 - c) Keine vom elterlichen Konsens getragene Namensführung des Kindes **684**
 - d) Der zu erteilende Name **685**
 - e) Zustimmungserfordernisse **686**
 - f) Minderjährigkeit des Kindes **687**
 - 3. Sonderfälle **688**
 - a) Pränatale Namenserteilung **688**
 - b) Erteilung des Namens des vorverstorbenen Vaters **688**
 - c) Namensbestimmung durch den später allein sorgeberechtigt gewordenen Vater **688**
 - d) Namenserteilung nach dem Tod der Mutter **689**
 - e) Namenserteilung nach dem Tod des Kindes **689**
 - 4. Fälle mit Auslandsbezug **690**
- VII. Die Namensänderung nach Scheidung der Eltern oder Tod eines Elternteils, § 1617d BGB 690**
 - 1. Allgemeines **690**
 - 2. Gemeinsamkeiten der Namenserteilung und Namensneubestimmung **691**
 - 3. Namenserteilung beim minderjährigen Kind nach § 1617d Abs. 1 BGB **691**
 - 4. Namensneubestimmung durch den Volljährigen nach § 1617d Abs. 3 BGB **693**
 - 5. Fälle mit Auslandsbezug **695**
- VIII. Die Einbenennung, Selbsteinbenennung und Rückbenennung, § 1617e BGB 695**
 - 1. Allgemeines **695**
 - a) Rechtsentwicklung **695**
 - b) Heutiger Sinn und Zweck des § 1617e BGB **697**
 - 2. Die Voraussetzungen der Namenserteilung nach § 1617e Abs. 1 BGB **697**
 - a) Die Ehe eines Elternteils mit einem Dritten **697**
 - aa) Grundsatz: Bestehen der Ehe im Zeitpunkt der Namenserteilung **697**
 - bb) Ausnahme: Namenserteilung nach dem Tod des Stiefelternteils? **698**
 - b) Die Aufnahme in den gemeinsamen Haushalt **699**
 - c) Die elterliche Sorge **699**
 - aa) Die Regelung des KindRG: Alleiniges Sorgerecht des erteilenden Elternteils **699**
 - bb) Einbenennung auch bei gemeinsamem Sorgerecht **700**

- d) Minderjährigkeit und Ledigkeit des Kindes **700**
 - e) Die bisherige Namensführung des Kindes **701**
- 3. Die namensrechtlichen Folgen **702**
 - a) Die Erteilung des Ehenamens **702**
 - b) Die »substitutive« Einbenennung **702**
 - c) Die »additive« Einbenennung durch Bildung eines Doppelnamens **702**
 - d) Die Bedeutung für weitere Kinder **703**
- 4. Die notwendigen Erklärungen **704**
 - a) Die Erklärung des einbenennenden Elternteils und dessen Ehegatten **704**
 - aa) Abgabe und Zugang der Erklärung **704**
 - bb) Widerrufbarkeit der Erklärungen **704**
 - b) Die Einwilligungserklärungen **704**
 - aa) Formfragen **705**
 - bb) Die Einwilligung des anderen Elternteils **705**
 - cc) Die Einwilligung des Kindes **705**
 - c) Entbehrlichkeit der Einwilligung des anderen Elternteils **706**
 - aa) Ablegung des Namens durch den anderen Elternteil **706**
 - bb) Tod und Geschäftsunfähigkeit des anderen Elternteils **707**
 - d) Ersetzung der Einwilligung des anderen Elternteils, § 1617e Abs. 2 Satz 2 BGB **708**
- 5. Die Selbsteinbenennung des volljährigen Kindes, § 1617e Abs. 3 BGB **708**
- 6. Die Rückbenennung, § 1617e Abs. 4 BGB **709**
- 7. Fälle mit Auslandsbezug **710**
- IX. Die anlasslose Neubestimmung des Geburtsnamens durch den volljährigen Namensträger 711**
 - 1. Allgemeines **711**
 - 2. Die einmalige Neubestimmung des Geburtsnamens, § 1617i Abs. 1 BGB **711**
 - 3. Das jederzeitige Streichen oder Hinzufügen eines Bindestrichs beim Doppelnamen, § 1617i Abs. 4 BGB **714**
 - 4. Die erstmalige Neubestimmung eines Geburtsnamens nach friesischer oder dänischer Tradition, § 1617i Abs. 2 Satz 2 BGB **715**
 - 5. Die Geschlechtsanpassung des Geburtsnamens nach sorbischer Tradition oder ausländischen Rechtsordnungen oder deren Widerruf, § 1617f Abs. 3 und Abs. 4 Satz 3 BGB **716**
- X. Die Vornamensneusortierung, § 45a PStG 718**
- XI. Die Namensneubestimmung nach den Übergangsvorschriften zur Namensrechtsreform von 2024 718**
- XII. Namensneubestimmung nach nachträglicher Rechtswahl oder Widerruf bzw. Abänderung einer Rechtswahl 720**
- XIII. Namensänderungen nach ausländischem Recht 721**
 - I. Die behördliche und gerichtliche Änderung und Feststellung des Namens 721**
 - I. Die behördliche Namensänderung 721**
 - 1. Rechtsquellen und Rechtsentwicklung **721**
 - 2. Die Voraussetzungen der behördlichen Namensänderung **721**

Teil VI Allgemeine Fragen des internationalen Privatrechts

- 3. Die Wirksamkeit der öffentlichrechtlichen Namensänderung **722**
 - a) Wirksamkeitsvoraussetzungen **722**
 - b) Die Erstreckung der Namensänderung auf Kinder **723**
 - c) Die Rücknahme der Namensänderung **724**
 - d) Das Verhältnis zu nachfolgenden familienrechtlichen Namensänderungen **724**
- 4. Behördliche Namensänderung mit Auslandsberührung **724**
 - a) Die Namensänderung von Ausländern im Inland **724**
 - b) Anerkennung ausländischer Namensänderungen **725**
 - c) Das Übereinkommen über die Änderung von Namen und Vornamen (CIEC-Übereinkommen Nr. 4) **727**
- II. Die behördliche Namensfeststellung 728**
 - 1. Allgemeines **728**
 - 2. Die Grundsätze der Namensfeststellung **728**
 - a) Zweck der Namensfeststellung **728**
 - b) Verfahren und Rechtswirkungen **729**
 - c) Die Namensfeststellung mit Auslandsberührung **730**
- III. Die isolierte Anpassung des Vornamens an die Geschlechtsidentität 730**
- J. Die Änderung der Geschlechtszugehörigkeit 731**
- I. Überblick und Rechtsentwicklung 731**
- II. Änderung des Geschlechtseintrags 732**
 - 1. Ablauf des Verfahrens **732**
 - 2. Änderung der Geschlechtszugehörigkeit durch geschlechtsbestimmende Erklärung **733**
 - 3. Besonderheiten bei nicht voll geschäftsfähigen Personen **734**
- III. Flankierende Änderung des Namens 736**
 - 1. Vorname **736**
 - 2. Familienname **737**
- IV. Fälle mit Auslandsbezug 737**
 - 1. Änderung durch Entscheidung im Ausland **737**
 - 2. Änderung durch Erklärung **738**

Teil VI Allgemeine Fragen des internationalen Privatrechts 741

- A. Allgemeine Grundsätze 741**
 - I. Die Aufgabe des IPR 741**
 - II. Die Funktion des IPR als »Verweisungsrecht« 742**
 - III. Die Bedeutung des internationalen Zivilverfahrensrechts 743**
 - IV. Der Einfluss unionsrechtlicher und staatsvertraglicher Vorschriften 744**
- B. Grundbegriffe und Methode des IPR 744**
 - I. Die Qualifikation 744**

1. Die Qualifikation als Mittel zum Auffinden der maßgeblichen Kollisionsnorm **744**
2. Der Qualifikationsmaßstab **745**
- II. Die Anknüpfung 746**
 1. Das Anknüpfungskriterium als Indiz der engsten Verbindung zum Recht eines Staates **746**
 2. »Wandelbare« und »unwandelbare« Anknüpfungen **747**
 3. Die Anknüpfung des »Personalstatuts«: Staatsangehörigkeits- und Aufenthaltsprinzip **748**
 4. Anknüpfungsprobleme beim Staatsangehörigkeitsprinzip **748**
 - a) Das Personalstatut von Mehrstaaten **749**
 - b) Das Personalstatut von Staatenlosen oder Personen mit unbekannter Staatsangehörigkeit **750**
 - c) Das Personalstatut von Flüchtlingen, Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten **750**
 - d) Die »aufgedrängte« Staatsangehörigkeit **752**
 5. Die Bestimmung des gewöhnlichen Aufenthalts **753**
 6. Änderung des Anknüpfungsmerkmals und »Statutenwechsel« **754**
- III. Art der Verweisung und Renvoi 755**
 1. Art der Verweisung **755**
 2. Annahme der Verweisung, Abbruch der Rückverweisung **756**
- IV. Unteranknüpfung 757**
- V. Vorfragen 757**
 1. Allgemeines **757**
 2. Der Gegensatz von selbständiger und unselbständiger Vorfragenanknüpfung **758**
 3. Verfahrensrechtliche Vorfragen **760**
- VI. Substitution 760**
- VII. Angleichung 762**
- VIII. Die Vorbehaltsklausel des Art. 6 EGBGB (ordre public) 763**
 1. Grundlagen **763**
 2. Voraussetzungen **763**
 3. Folgen **763**
- C. Die Bedeutung des IZVR für das Standesamt 764**
 - I. Die Anerkennung von ausländischen Entscheidungen 764**
 - II. »Anerkennungsprinzip«? 765**
- Sachregister 767**

Teil I

Personenstandsverfahren und materielles Recht

A. Die Grundlagen des Personenstandsrechts

I. Die Aufgaben des Standesamts

1. Die Beurkundung des Personenstands

Die wichtigste Aufgabe der Standesämter ist die Beurkundung des Personenstands und die darauf aufbauende Erteilung von Personenstandsurkunden. I-1

§ 1 Abs. 1 Satz 1 PStG definiert den Begriff »Personenstand« als die sich aus den Merkmalen des Familienrechts ergebende Stellung einer Person innerhalb der Rechtsordnung einschließlich ihres Namens. I-2

Zum Zweck der Beurkundung führt das Standesamt das Eheregister (früher Heiratsbuch), das Lebenspartnerschaftsregister, das Geburtenregister (früher Geburtenbuch) und das Sterberegister (früher Sterbebuch), § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 4 PStG; vgl. *Gaaz/Bornhofen/Lammers*, § 3 PStG Rdnr. 9 ff. Wegen Einzelheiten zur Beurkundungstätigkeit der Standesämter s. *Gaaz/Bornhofen/Lammers*, § 1 PStG Rdnr. 9 ff. sowie § 9 PStG Rdnr. 5 ff. I-3

2. Die Stellung des Standesamts zwischen öffentlichem und privatem Recht

Registerführung und Ausstellung von Urkunden sind hoheitliche Tätigkeiten, die Führung der Personenstandsregister eine Aufgabe der allgemeinen inneren Verwaltung. Personenstandsrecht ist mithin öffentliches Recht. I-4

Der öffentlichrechtliche Charakter des Personenstandsverfahrens kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die qualitativ wichtigste Tätigkeit des Standesamts in der Anwendung *materiellen Zivilrechts* liegt. Seine wichtigste Aufgabe ist die Prüfung und Anwendung privatrechtlicher Normen. Aus ihnen ergibt sich der Inhalt der ihm obliegenden Registereinträge; daneben hat das Standesamt an personenstandsändernden Erklärungen mitzuwirken, sei es durch deren Entgegennahme, sei es durch Beurkundung oder Beglaubigung. I-5

- I-6 Wegen dieser im Kern zivilrechtlichen Tätigkeit des Standesamts hat der Gesetzgeber gegen Entscheidungen des Standesamts auch den Rechtsweg zu den Zivilgerichten eröffnet (s. § 50 Abs. 1 PStG) und deren Verfahrensordnung dem FamFG unterstellt (s. § 51 Abs. 1 Satz 1 PStG). Nur die Amtsgerichte (Zivilgerichte) sind befugt, die Standesämter zur Vornahme einer Amtshandlung anzuhalten. Stimmt die Aufsichtsbehörde nicht mit der Rechtsansicht des Standesamts überein, so hat auch sie nur die Möglichkeit, eine Entscheidung des Amtsgerichts herbeizuführen, vgl. §§ 48 Abs. 2, 49 Abs. 1 PStG; dazu *Gaaz/Bornhofen/Lammers*, § 48 PStG Rdnr. 7, § 49 PStG Rdnr. 9.
- I-7 Eine weitere Eigentümlichkeit besteht darin, dass das Standesamt in Zweifelsfällen auch von sich aus die Entscheidung des Amtsgerichts zu der Frage herbeiführen kann, ob eine bestimmte Amtshandlung vorzunehmen ist, § 49 Abs. 2 PStG. Diese im Bereich der öffentlichen Verwaltung einmalige Regelung verpflichtet die Gerichte zur Kooperation mit dem Standesamt und zeigt die enge Verbindung des Personenstandswesens mit der Zivilrechtspflege; allgemein zu diesem Verfahren und seiner Besonderheit *Gaaz/Bornhofen/Lammers*, § 49 PStG Rdnr. 18 ff.

II. Die Personenstandsbeurkundung als Beweismittel

- I-8 Der wichtigste Zweck des Personenstandswesens ist es, in Gestalt der Personenstandsregister ein verlässliches Beweismittel für Personenstandsverhältnisse zu schaffen. Gemäß § 54 Abs. 1 Satz 1 PStG werden die in den Registern eingetragenen Rechtsverhältnisse als bestehend vermutet. Außenwirkung erhalten die Eintragungen durch die Personenstandsurkunden, § 54 Abs. 2 PStG.
- I-9 Damit erleichtert das Personenstandswesen den zivilrechtlichen, aber auch öffentlichrechtlichen Rechtsverkehr. Wenn es in zivilrechtlichen oder Verwaltungsverfahren auf die in § 1 Abs. 1 Satz 1 PStG definierten Rechtsverhältnisse einer Person ankommt, müssen die mit der Sache befassten Gerichte und Behörden den Personenstand nicht selbst feststellen, sondern können zunächst die Personenstandsurkunden zugrunde legen.
- I-10 Allerdings erschöpft sich die Beurkundung in der Schaffung von Beweismitteln. Sie hat selbst grundsätzlich keine konstitutive Wirkung. Der Nachweis der Unrichtigkeit der beurkundeten Tatsache ist jederzeit möglich, § 54 Abs. 3 Satz 1 PStG.
- I-11 Dabei ist stets zu beachten, dass das Personenstandsrecht nur »Diener des materiellen Rechts« ist (so treffend *Beitzke*, StAZ 1984, 198), insbesondere bei Auslandsfällen. Das bedeutet, dass es einen materiellrechtlichen Rechtszustand immer so beurkunden muss, wie er sich im ausländischen Recht darstellt, auch wenn der Inhalt der Eintragung von dem vom deutschen Recht her Gewohnten abweicht. Allerdings lädt der Gesetzgeber zunehmend das Personenstandsrecht materiellrechtlich auf. Fragen, die eigentlich materiellrechtlicher Natur sind, werden im Personenstandsrecht geregelt, etwa die Änderung der Reihung der Vornamen (§ 45a PStG).

Das PStG unterscheidet die Einträge auch in formaler Hinsicht deutlich nach deren Beweiskraft: In § 3 Abs. 1 Satz 2 PStG unterscheidet das Gesetz zwischen einem urkundlichen Teil (Haupteintrag und Folgebeurkundungen), der nach § 54 Abs. 1 Satz 1 PStG an der Beweiskraft der öffentlichen Urkunde teil hat, und einem Hinweisteil, dem diese Beweiskraft gemäß § 54 Abs. 1 Satz 2 PStG nicht zukommt. I-12

Zum Begriff der Folgebeurkundung s. allgemein § 5 Abs. 2 PStG, zum Begriff des Hinweises § 5 Abs. 3 PStG.

B. Elemente des Familienstatusrechts

Zum Aufgabengebiet des Standesamts – und damit zum Familienstatusrecht – gehören alle zivilrechtlichen Fragen, die unmittelbar oder mittelbar mit dem »Personenstand« des Menschen zusammenhängen. Hierzu gehört das *Personenrecht* mit dem Recht der Rechts- und Geschäftsfähigkeit sowie dem Recht des Namens und der Geschlechtszugehörigkeit, ferner das *Familienrecht*, soweit es den familienrechtlichen Status (Ehe, Abstammungsverhältnisse usw.) betrifft. In Fällen mit Auslandsbezug ist zudem das *internationale Privatrecht* heranzuziehen, bei dessen Anwendung – jedenfalls im Hinblick auf den Personenstand – immer noch die *Staatsangehörigkeit* eine wichtige Rolle spielt. I-13

I. Personenrecht

1. Rechts- und Geschäftsfähigkeit

Rechtsfähigkeit bedeutet die Fähigkeit, Träger von Rechten und Pflichten zu sein, also Rechte und Pflichten zu haben. Sie ist Voraussetzung für die rechtliche Existenz des Menschen und beginnt mit der *Geburt*, § 1 BGB, s. Rdnr. II-1 ff. und Rdnr. IV-1 ff. I-14

Die Rechtsfähigkeit des Menschen endet mit seinem *Tod*. Als Inhaber seiner Rechte und Pflichten tritt gemäß § 1922 Abs. 1 BGB sein Erbe im Wege der Universalsukzession (im Hinblick auf den gesamten Nachlass) und des Vonselbsterwerbs (direkt und ohne weiteres Zutun) an seine Stelle. I-15

Die *Todeserklärung* beendet die Rechtsfähigkeit nicht unmittelbar, sondern hat nur die Wirkung, dass der Tod vermutet wird, §§ 9 Abs. 1 Satz 1, 44 Abs. 2 Satz 1 VerschG; s. hierzu im Einzelnen Rdnr. II-13 ff.

Während die Rechtsfähigkeit das statische Moment der Inhaberschaft von Rechten und Pflichten betrifft, bezieht sich die *Geschäftsfähigkeit* auf das dynamische Moment der Veränderung von Rechten und Pflichten durch privatautonome Gestaltung der eigenen Rechtsverhältnisse. Sie steht für die Fähigkeit, Rechtsgeschäfte durch Abgabe oder Entgegennahme von I-16

Willenserklärungen in eigener Person oder durch selbstbestellte Vertreter wirksam vorzunehmen, s. Rdnr. II-38 ff.

- I-17 Zu den Regelungen über die Geschäftsfähigkeit gehören zum einen ihre Definition und ihre Einschränkungen (beschränkte Geschäftsfähigkeit, Geschäftsunfähigkeit) sowie zum anderen die Regelungen, auf welche Weise eine in ihrer Geschäftsfähigkeit eingeschränkte Person am Rechtsverkehr – insbesondere auch am personenstandsrelevanten Rechtsverkehr – teilnehmen kann.

2. Der Name

- I-18 Der Name ist gedankliches und sprachliches Mittel zur Unterscheidung von Individuen; wegen Einzelheiten zu den Funktionen des Namens s. Rdnr. II-133 ff.
- I-19 Je nach Kulturkreis und historischer Entwicklung findet man zwei- oder dreiteilige Namen, aber auch Einzelnamen, und unter ihnen wiederum unterschiedliche Namenstypen mit verschiedenen Funktionen. Das deutsche Namensrecht kennt traditionell die Zweiteilung in Vor- und Familiennamen (Nachname); dies führt zu Anpassungsproblemen in *Fällen mit Auslandsbezug* (hierzu näher Rdnr. II-247 ff.)
- I-20 Der Name besitzt für die Identifizierung des Einzelnen und die Einordnung in die familiären Zusammenhänge eine außerordentlich große Bedeutung; er gehört deshalb konsequenterweise kraft ausdrücklicher gesetzlicher Anordnung zum Personenstand, § 1 Abs. 1 Satz 1 PStG.

3. Das Geschlecht

- I-21 Ein drittes Element des Personenstands, das § 1 Abs. 1 Satz 1 PStG zwar nicht nennt, das aber dennoch personenstandsrechtlich an zahlreichen Stellen erfasst wird, weil die Rechtsordnung an diese Eigenschaft der Person Rechtsfolgen knüpft, ist das Geschlecht des Menschen, wobei das deutsche Recht neben Männern und Frauen auch Personen mit diversem und offenem Geschlechtseintrag kennt.
- I-22 Während sich die rechtliche Geschlechtszugehörigkeit bei Geburt eines Menschen allein anhand körperlicher Merkmale bestimmt (s. Rdnr. IV-231), tritt mit zunehmender Reife des Menschen seine Geschlechtsidentität als rechtliches Zuweisungskriterium in den Mittelpunkt: Der Einzelne kann seine rechtliche Geschlechtszugehörigkeit durch Erklärung gegenüber dem Standesamt festlegen; diese personenrechtliche Privatautonomie gestaltet das Selbstbestimmungsgesetz (SBGG) näher aus; hierzu s. Rdnr. V-951 ff.

II. Familienrecht

1. Kindschaft

- I-23 Grundlage der Kindschaft ist grundsätzlich die leibliche *Abstammung*. Dementsprechend versucht das Recht, die Abstammung im Rechtssinne an der

biologischen und genetischen zu orientieren. Dies gelingt am einfachsten bei der *Mutter*, deren Mutterschaft als unmittelbare Folge der Geburt feststeht, § 1591 BGB. Nicht so offensichtlich ist, wer der biologische *Vater* des Kindes ist; das Gesetz stellt daher auf äußere soziale Kriterien ab, die mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit die leibliche Vaterschaft indizieren, § 1592 Nr. 1 und 2 BGB. Lediglich bei der gerichtlichen Vaterschaftsfeststellung nach § 1592 Nr. 3 BGB i. V. m. § 1600d BGB oder § 182 Abs. 1 FamFG folgt die rechtliche Vaterschaft stets der leiblichen; hierzu s. Rdnr. V-262 ff.

Die Möglichkeiten der künstlichen Fortpflanzung bringen es mit sich, dass zunehmend neben der leiblichen Abstammung auch die soziale und intentionale Elternschaft abstammungsrechtliche Relevanz entfaltet.

Im Lauf der Rechtsentwicklung bestand lange Zeit ein qualitativer Unterschied zwischen der *ehelichen* und der *nichtehelichen* Kindschaft. Das Kindschaftsrechtsreformgesetz von 1997 hat jedoch die *einheitliche* Kindschaft eingeführt und in § 1592 BGB auch eine regelungstechnische Gleichstellung der ehelichen und nichtehelichen Kinder vorgenommen, s. Rdnr. IV-13 ff. Damit ist der Begriff der Ehelichkeit als Statusmerkmal entfallen, ebenso das damit verklammerte Rechtsinstitut der Legitimation, s. Rdnr. IV-17. I-24

Neben der biologischen Abstammung kennt das deutsche Recht auch eine »künstliche« Kindschaft, begründet durch eine *Adoption*, die unter dem Begriff der »Annahme als Kind« in den §§ 1741 ff. BGB geregelt ist; s. hierzu Rdnr. V-389 ff. I-25

Kindschaft und Abstammung gehören terminologisch zum Personenstand i. S. d. § 1 Abs. 1 Satz 1 PStG. I-26

2. Ehe und Lebenspartnerschaft

Ebenfalls dem Personenstand i. S. d. § 1 Abs. 1 Satz 1 PStG zuzuordnen sind die Ehe und die – ihr zwischenzeitlich immer stärker angenäherte – gleichgeschlechtliche eingetragene Lebenspartnerschaft, die heute nur noch für Altfälle relevant ist. I-27

Ihre Begründung gehört zum Aufgabenbereich der Standesämter (im Hinblick auf Lebenspartnerschaften nach der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare jedenfalls bis zum 1.10.2017; s. Rdnr. III-790 ff.); ihre Auflösung und Aufhebung unter Lebenden erfolgt durch die Gerichte und ist vom Standesamt lediglich in die Register zu übertragen.

III. Internationales Privatrecht und internationales Zivilverfahrensrecht (IPR und IZVR)

Einen personenstandsrechtlichen Sachverhalt dem deutschen Recht zu unterstellen ist nur dann gerechtfertigt, wenn er einen ausreichend engen Bezug zu Deutschland hat. Ist sein Bezug zum Ausland stärker als zum Inland, so kann es geboten sein, ausländische Vorschriften heranzuziehen. I-28